

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Witz“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, samstags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Anzeigenzeile 70 Pfennig, Restante 1.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 20 Pfennig...

Abbestellen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Rindenschank 3, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295. Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 18. Juni 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Volkshochschule: Berlin SW 36 - Hauptkonto: Direktion der Volkshochschule, Lindenstraße 3

Painlevé und die Sozialisten.

Kommunistenrath im Kammerauschuß.

Paris, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund der Erklärung Painlevés, daß er Mitteilungen über seine Marokkoreise zunächst dem zuständigen parlamentarischen Ausschüssen vorbehalten müsse, sind am Mittwochmittag die Kammerauschüsse für auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Heer und Marine zusammengetreten, um den Bericht des Ministerpräsidenten entgegenzunehmen.

Paris, 17. Juni. (Eig.) Nach der Unterredung zwischen Painlevé und den vier Kommissionen wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, das über die Erklärungen Painlevés eigentlich nichts mitteilt.

Beratungen der Sozialisten.

Paris, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Fraktion trat am Mittwoch zusammen, um über die Vorgänge vom Dienstag zu beraten, da eine kleine Minderheit unter Führung von Blum, Renaudel und Barenne mit den bürgerlichen Gruppen des Kartells für die Vertagung gestimmt, die große Mehrheit der Fraktion, etwa 80 ihrer Mitglieder, sich der Stimme enthalten hatte.

Zweifellos ist die Situation der Sozialistischen Partei angesichts der jüngsten Entwicklung außerordentlich schwierig. Die sozialistische Opposition richtet sich gegen die Politik des Ministeriums Painlevé, ebenso sehr gegen das militärische Abenteuer in Marokko, wie gegen die ausgesprochene plutokratische Tendenz der von Caillaux vorgeschlagenen Finanzreformen.

Der Mördergeneral wird - gerügt.

Der Senatprozess De Bono.

Rom, 16. Juni. (Eigener Bericht.) Die Unteruchung des Senats als Staatsgerichtshof gegen den General De Bono, den früheren Befehlshaber der Faschistenmiliz, ist abgeschlossen.

De Bono war zur Zeit der Ermordung Matteottis als Militärgeneral zugleich Chef der „offiziellen Sicherheit“, dem die faschistische Tscheta unterstand. Mitglieder dieser geheimen Parteipolitik haben Matteotti ermordet, und De Bono ist beschuldigt, von dem Mord gewußt zu haben, wahrscheinlich sogar an seiner Vorbereitung nicht unbeteiligt zu sein.

Die Fraktionsführung wurde nach dreistündiger Dauer abgebrochen und soll am späten Abend wieder aufgenommen werden.

um die Mörder zunächst ihrer Strafe zu entziehen und das Verbrechen zu verschleiern.

Dieses Urteil des Senats ändert natürlich gar nichts daran, daß die Ermordung Matteottis eine Bluttat des Faschismus ist und bleibt, bei dem die staatlichen Autoritäten nicht den Ermordeten geföhnt, sondern die Mörder unterstützt und geschützt haben.

Die Faschisten morden weiter.

Rom, 16. Juni. (WZB.) „Avanti“ berichtet, daß der Zustand des am Dienstag von Faschisten verprügelten Abg. Cicelli (Kommunist) sehr ernst sei. Ferner meldet das Blatt, daß in Turin ein Arbeiter, der eine Matteotti-Medaille trug, von Faschisten verfolgt und erschossen worden sei.

Russinisch-moskowitzischer Herzensbund.

Moskau, 16. Juni. (Df.) Am 25. Juni treffen die drei italienischen Kreuzer „Tiger“, „Panther“ und „Löwe“ in Leningrad (früher Petersburg) ein. Es ist die erste Fahrt der drei ganz neuen Kriegsschiffe.

Der erste Bericht des Reparationsagenten. Die Wirkung des Dawes-Plans hat den Erwartungen entsprochen.

Der Generalagent für Reparationszahlungen und die verschiedenen auf Grund des Sachverständigenplans in Deutschland geschaffenen Kommissare und Treuhänder haben der Reparationskommission einen Bericht der mit der Ausführung des Sachverständigenplans in Deutschland geschaffenen ausländischen Organisationen über die ersten acht Monate ihrer Tätigkeit vorgelegt.

In der Einleitung betont der Generalagent, daß es zu früh sei, Schlüsse über die völlige Wirksamkeit des Planes zu ziehen. Immerhin habe seine Wirkung im ersten Stadium den gehegten Erwartungen entsprochen.

Der Kantoner „Bolschewismus“.

Made in England.

Kanton, 17. Juni. (WZB.) Eine Reihe von Steuern ist aufgehoben worden. Sämtliche Spielhäuser werden geschlossen und die Anti-Opiumgesetze verschärft.

Kanton, 17. Juni. (Reuter.) Eine Organisation mit bolschewistischer Tendenz, die sich an der Macht befindet und zu der General Fenchungfung gehören soll, hat beschlossen, das Amt des Zivilgouverneurs abzuschaffen und an seiner Stelle die Regierungsgewalt einer siebenköpfigen Kommission zu übertragen.

Englische Truppenlandung gegen einen Streit.

Shanghai, 17. Juni. (Havas.) Der englische Konsul in Swatow teilte gestern abend telegraphisch mit, der Generalstreik habe begonnen. Er forderte Schutzmaßnahmen. Ein englisches Schiff vom Hongkong ist nach Swatow gefahren. Ein englischer Kreuzer hat bereits Marinesoldaten gelandet.

Der belgische sozialistische Generalrat hat das neue Kabinett Voulet mit 40 gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheißen. Die Opposition wandte sich namentlich gegen den Bericht auf das Innenministerium und die Person des Innenministers Kallin Jacquemont, der zur Großindustrie und Finanz gehört.

Abbau der Reichsverfassung?

Von Paul Löbe.

In der deutschnationalen Fraktion hat ein plötzlicher Frontwechsel zwischen Draufgängern und Taktikern stattgefunden, ja noch mehr, bewährte Draufgänger sind plötzlich selbst in das Lager der klug wägenden Strategen übergegangen.

Mancherlei ist da ins Auge gefaßt. Zunächst die Erweiterung der Befugnisse der Einzelstaaten. Ist die Monarchie in Gesamtdeutschland unmöglich, so könnte sie vielleicht ohne innerpolitische Katastrophe und ohne außenpolitische Eingriffe in diesem oder jenem einzelnen Lande, etwa in Bayern, möglich sein.

Aber es fiel ein Keil in die Frühlingsnacht überschwenglicher Erwartungen. Das Zentrum, das zur Mehrheit nötig ist, zeigte seine Bedenken, plötzlich hörten wir sogar Herrn Schlange-Schönungen mahnen, ja sogar vornehme Reden halten und beobachten, wie Minister Schiele die nationale Front vorsichtig etwas rückwärts verlegte.

Der Abbau der Republik wird etwas vertagt. Es soll überhaupt noch nicht offen abgebaut, sondern nur heimlich genagt werden. Der Grund ist klar, dringendere Aufgaben stehen vor der Tür, stärkere Belastungen für den deutschen Bürger und damit auch für den deutschnationalen Wähler!

Aber der heimliche Wähler ist immer gefährlicher als der offene Feind. Für die Republikaner gilt es doppelt auf der Hut zu sein! Gilt es zu begreifen, daß die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe ihre wichtigen politischen Folgen haben! Verfassungsfragen sind Machtfragen, das wissen wir, und um die wachsende wirtschaftliche Macht der Anti-Republikaner geht es bei den bevorstehenden Kämpfen. Gelingt es, die ökonomische Kraft der Arbeiterklasse durch Zölle und Steuern und weitere Arbeitslosigkeit zu schwächen, dann verbessern sich die politischen Aussichten der Reaktion.

Wie Beamtenrechte gewahrt werden! Eine sozialdemokratische Interpellation.

In dem unglaublichen Fall des Steuerinspektors Lemke, über den wir mehrfach berichteten, ist nunmehr das Urteil ergangen. Der Beamte hatte sich bekanntlich mit einem vertraulichen Schreiben, in dem er dem damaligen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Zapf und dem Landesfinanzamtspräsidenten von Berlin Heinke Verfassungsverstoß und Unwahrscheinlichkeit vorwarf, an die Fraktionen des Reichstags gewandt. Die demokratische Reichstagsfraktion hatte das Schreiben, das vielleicht hier und da über das Ziel hinausgeschoss, dem Reichsfinanzministerium zur Prüfung der Angelegenheit überliefert. Trotzdem sämtliche Reichstagsfraktionen sich in eingehenden Gutachten dagegen wandten, daß auf Grund dieses Schreibens ein Disziplinarverfahren gegen den Beamten eingeleitet wurde, glaubte der damalige Reichsfinanzminister Dr. Hermes dies doch tun zu müssen. Es wurde also das förmliche Disziplinarverfahren gegen Lemke wegen Verletzung des berechtigten § 10 des Reichsbeamtengesetzes eingeleitet und der Beamte auf halbes Gehalt gesetzt. Jetzt, nach drei Jahren, ist der Prozeß endlich zu Ende gekommen. Lemke ist zwar zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt worden, sonst ist er aber als Sieger hervorgegangen. Ihm wird im Urteil bescheinigt, daß „das Unrecht, das ihm zugefügt ist, schwerer ist als das, welches er begangen hat“. Einzelne wird ausgeführt, daß dieses Unrecht unter anderem darin besteht, daß

aus der Zuziehung des Rechtsanwalts von dem Landesfinanzamtspräsidenten Heinke die Beförderungsfähigkeit des Angeeschuldigten verneint wurde;

der Reichsminister der Finanzen dieses Verhalten des Landesfinanzamtspräsidenten Heinke nicht mißbilligt hat;

der Beförderungsbefehl, der bestimmt und geeignet war, die dienstliche Zukunft des Angeeschuldigten zu vernichten, von vornherein nicht wenigstens abschriftlich zu den Personalakten des Angeeschuldigten genommen worden ist, sodaß für ihn die Lage entstand, daß ihm, hinter seinem Rücken, durch ein ihm unbekanntes Beteiligtes das Vorwärtskommen abgeschnitten wurde und daß schließlich ein bestimmter Erlaß die Tatsache verschweigt, daß jener Beförderungsbefehl ein Beteiligtes enthält.

Das Verhalten der Herren Zapf und Heinke stellt das Urteil in ein ganz anderes Licht.

In bezug auf Herrn Heinke, der es abgelehnt hat, auf das Schreiben des Rechtsanwalts des Angeeschuldigten auch nur zu antworten, stellt das Urteil folgendes fest:

„Von den Pflichten der Höflichkeit ist auch eine Behörde nicht entbunden, weil sie der Allgemeinheit zu dienen bestimmt ist. Wenn der Landesfinanzamtspräsident demnach die Eingabe vom 20. Oktober 1921 zu den Akten geschrieben hat, so hat er gegen die Pflichten der Höflichkeit verstoßen.“

Schlimmer als dies ist aber folgende für Herrn Heinke bestimmte Stelle:

„Nachdem die Reichsverfassung am 11. August 1919 in Kraft getreten war, ist es schwer verständlich, daß beim Landesfinanzamt Groß-Berlin noch im Jahre 1922 Beförderungsbefehle lediglich in einem dem Beamten nicht zugänglichen Sammelaktenstück vereinigt waren. . . Der Angeeschuldigte konnte es sich wohl nicht vorstellen, daß ein Beamter von so hohem Range, wie der Landesfinanzamtspräsident Heinke, jener Bestimmung der Reichsverfassung, die für das Beamtenverhältnis von grundlegender Bedeutung ist, eine irrtümliche Auslegung zuteil werden ließ.“

Und über Herrn Zapf wird in dem Urteil folgendes gesagt:

„Staatssekretär Zapf . . . kann nicht darüber im Zweifel gewesen sein, daß in dem Bericht vom 22. November 1921 auch ein Beteiligtes, und zwar ein in seiner abschließenden Fassung besonders wichtiges Beteiligtes enthalten ist. . . Wenn Staatssekretär Zapf

legten Endes die Zugehörigkeit dieses Berichts zu den Personalakten des Angeeschuldigten verneint, so hat er das in dem Bericht enthaltene Beteiligtes verschwiegen, sich also einer Verschleierung des Sachverhalts schuldig gemacht.“

Man kann sagen, daß dieses Urteil, das von der Reichsdiziplinarkammer Berlin I unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Großmann gefällt wurde, grundlegende Bedeutung innewohnt. Die Sozialdemokratie hat in der Weimarer Nationalversammlung den Beamten das Recht auf Einsicht in die Personalakten erkämpft. Es ist selbstverständlich, daß sie auch alles tun wird, um dieses Recht durch keinerlei Verwaltungsmaßnahmen einschränken zu lassen. Damit nun die durch das Urteil aufgerissene Eiterbeule gründlich ausgebrannt wird, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation eingebracht, bei deren Besprechung alles Weitere noch zu sagen sein wird, und die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben. Im übrigen hat der Reichstag auf Antrag der Sozialdemokraten eine Entschliebung angenommen, die verlangt, daß Disziplinarmaßnahmen gegen Reichsbeamte aus gleichen oder ähnlichen Gründen nicht mehr eingeleitet werden dürfen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am 17. Juni im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Unter Verstoß des von allen Parteien des Reichstages anerkannten Wohnrechts, gegen Reichsbeamte als Verfasser von Petitionen oder Schreiben, sofern diese durch Mitglieder des Reichstages den Reichsbehörden zur Kenntnis gelangen, keine Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen, ist gegen einen Beamten der Reichsfinanzverwaltung vom Herrn Reichsminister der Finanzen ein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Das Verfahren wurde nach einer Dauer von drei Jahren durch das rechtskräftige Urteil der Reichsdiziplinarkammer Berlin I vom 16. März 1925 beendet.“

Wenn der Angeeschuldigte auch wegen Verstoßes gegen den § 10 des Reichsbeamtengesetzes zu einer geringen Geldstrafe verurteilt wurde, ist das Urteil für die beteiligten leitenden Beamten der Reichsfinanzverwaltung, Staatssekretär Zapf, jetzt Senatspräsident am Reichsfinanzhof, und Präsident des Landesfinanzamtes Berlin Heinke geradezu vernichtend. Das Urteil stellt fest, daß sich diese Beamten unter anderen Dingen auch der Verletzung von Bestimmungen der Reichsverfassung und Verschleierung eines bestimmten Sachverhalts schuldig gemacht haben. Außerdem besagt das Urteil, daß dem angeschuldigten Beamten schweres Unrecht zugefügt worden ist.

Wir fragen: 1. Sind die Vorgänge der Reichsregierung bekannt? 2. Was gedenkt sie zu tun, um Wiederholungen auszuschließen? 3. Was gedenkt sie gegen die bloßgestellten leitenden Beamten zu veranlassen? 4. Wie gedenkt sie das dem Beamten zugefügte Unrecht wieder gutzumachen?

Es lebe der französische General! Nieder mit dem deutschen!

Voll Sympathie und Bewunderung zitiert der „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus einem Artikel, den der französische General Percin in einem sozialistischen Blatte geschrieben hat:

„. . . hat nicht während des letzten hohen Jahrhunderts ein Revanchegedanke die Franzosen beherrscht und hat ihnen dieser Revanchegedanke zur Wiedererzählung der verlorenen Provinzen nicht hunderttausende gekostet? Es ist wirklich seltsam, daß der Wunsch nach Revanche bei unserem Nachbarn als abstrakt und bei uns als bewundernswert betrachtet wird, imperialistisch jenseits des Rheins, patriotisch diesseits.“

Die Sache ist noch viel seltsamer, als General Percin bemerkt. Die Nationalisten lieben die Verunft nämlich immer nur bei fremden Generalen. Hierzulande erwärmen sie sich für Percin, aber sie toben über Deimling.

Die bayerischen Volksgerichte.

Preußen gegen den Einspruch des Reichsrats.

Der Preussische Landtag hat sich gestern mit dem Einspruch des Reichsrats gegen das vom Reichstag angenommene Gesetz über die Wiederaufnahme der durch Urteile der bayerischen Volksgerichte abgeschlossenen Verfahren befaßt. Er hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Staatsministerium wird ersucht, den preussischen Stimmführer im Reichsrat zu beauftragen, dafür zu sorgen, daß alle preussischen Vertreter gegen die Begründung für die Aufhebung des Einspruchs stimmen.“

Preußen führt im Reichsrat von 66 Stimmen 13 Ministerialstimmen und 13 Provinzialstimmen. Es ist zu erwarten, daß ein Teil der Provinzialstimmen dem preussischen Stimmführer folgt.

Preußen gegen Getreidemindestzölle.

Aber für Kompensationszölle.

Amlich wird mitgeteilt: Das preussische Staatsministerium hat sich in seiner Diensttagssitzung in eingehender Beratung mit der Zollvorlage der Reichsregierung befaßt und bei einer Anzahl von Punkten Abänderungsvorschläge formuliert. Als wichtigste dieser Beschlüsse sind die folgenden hervorzuheben:

§ 3 Ziffer 1 des Gesetzentwurfs soll wie folgt gefaßt werden: „§ 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung: Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Zölle für Roggen, Weizen und Spelz, Gerste und Hafer zu ermäßigen oder aufzuheben und im Bedarfsfalle bis zur Höhe der im Zolltarif vorgesehenen Sätze wieder einzuführen oder heraufzusetzen. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, solchen Staaten gegenüber, mit denen keine handelsvertraglichen Abmachungen bestehen, die Zollsätze für Roggen, Gerste und Hafer bis auf 7 M. für Weizen und Spelz bis auf 7,50 M. zu erhöhen.“

Im § 5 des Gesetzentwurfs sollen die Tarifnummern 1-4 (Roggen, Weizen und Spelz, Gerste und Hafer) gestrichen werden. In der Anlage zum Gesetzentwurf (Abänderungen des Zolltarifs) sollen folgende Nummern ausgenommen werden: Tarif Nr. 1, Roggen, Zollsatz 3 M.; Tarif Nr. 2, Weizen und Spelz, Zollsatz 3,50 M.; Tarif Nr. 3, Gerste, Zollsatz 2 M.; Tarif Nr. 4, Hafer, Zollsatz 3 M. — § 3 Ziffer 2 des Gesetzentwurfs wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß Einfuhrzölle, die für die Wiedereinfuhr von Brotgetreide erzielt werden, auch selbst für die Einfuhr von Brotgetreide verwendet werden dürfen.

Hinsichtlich der Position 108 (Fleisch), 109 (Schweinefleisch), 126 (Schmalz und schmalzartige Fette), 219 (Büchsenfleisch und Büchsenmilch) stimmt das Staatsministerium den verminderten Zollsätzen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu.

Die preussische Staatsregierung spricht sich demnach gegen die Getreidemindestzölle der Reichsregierung aus. Nachdem auch der Reichswirtschaftsrat sich dagegen ausgesprochen hat, ist nicht zu erwarten, wie die Reichsregierung die Getreidezölle durchsetzen will.

Die Rentenbankkreditanstalt.

Ein Gutachten des Reichsbankpräsidenten.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages legte heute die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf zur Errichtung der Rentenbankkreditanstalt vor. Die Sozialdemokraten Frau Sender und Genossen beantragten, daß der Ausschuss die Regierung ersucht, die wesentlichen Bestimmungen der dem Reichstag nicht vorgelegten Satzungen in den Gesetzentwurf hineinzuarbeiten und als dann eine neue Vorlage zu unterbreiten; die Satzungen und die Durchführungsbestimmungen sollen dem Reichstag zur Genehmigung unterbreitet werden.

Der Ausschuss hörte weiter Gutachten von Sachverständigen. Neben anderen Sachverständigen erlatete Reichsbankpräsident Dr. Schacht ein Gutachten, in dem er sich für die Ablehnung des Gesetzentwurfs im Interesse der Hebung der Produktivität der Landwirtschaft aussprach. Vom Standpunkt der Währungsstabilität habe er keine Bedenken gegen das geplante Institut. Vom Standpunkt der Kreditpolitik der Reichsbank aus habe er gewisse Bedenken gegen die Gewährung von Personalkredit. In grundsätzlichen Fragen müsse der Staat einen gewissen Einfluß auf

Fahrt in den Sommer.

Von Walter G. Dschilewski.

Der schrille Ruf der Fabrikpfeife knallte über die Stadt. Es war fünf Uhr, als das Tor der großen Metallwarenfabrik aufsprang und einige Minuten später ein dunkler Menschenhaufe in das rinnende Licht des Tages trat.

Heiß und ölig gor der Juni auf dem Asphalt, die Luft stand dick in den Straßen, ein Geruch von Sommer, Stachelbeeren und Waldlaub legte sich in den schmalen Nachmittags- und schmeckte wie süßes Gras.

Gorgias stand trunken an eine Bessertonne geleimt und blinzelte über die dürren Schrebergärten hinweg verträumt in die Sonne. Die Brust hatte er freigemacht, und als das Blut wieder in den Adern zu schwärmen begann, das Fleisch zitterte und der brodelnde Dampf der Sonne durch die Finger rann, mußte er auf einmal, daß er in den Sommer fahren würde.

Dem was war das Leben anders als der Kampf in einer Röhre? Morgens wurde man hineingestoßen und abends war man ein Klumpen Fleisch und Blut. Auch der Sonntag, den Musurhige den siebenten Tag der Feier und des Festes nannten, war nur ein Wurm. Der Ruh sah noch in der Rehle, das Brot säuerte und ein Gestank von Kindermilch und Hinterhäusern fraß im Munde.

Seit Hannes, sein Kamerad und Saustumpan, wieder ins Desterreichische gestochen war, war es Gorgias, als stünde um das dürstende Herz nur Rauch und ranziges Öl — wie eine Wond. Welt und Licht, wie schneite er sich wieder danach! Wind schnupperte und den Schädel ins Gras werfen, auf Bäumen leben, den Wald riechen und sich vom Regen peitschen lassen, bis die Haut plagt; das war doch etwas!

In diesen Gedanken hing schon der Abend; die Sonne knisterte auf dem Pflaster als verbrannte man dürres Holz, ein roter Wein lief durch die Straßen, die ganze Stadt hob sich wie eine Fackel gegen fleischernen Junthimmel.

War es da wunderbarlich, wenn eine ungeheure Sehnsucht durch Gorgias stich und ihn laufen machte? Zu Hause angekommen, goh er Wasser über seinen Leib, warf einige Bücher und etwas frische Bäche in den Ranzgen und verließ die Stadt, lief ins Land, in den Sommer hinein.

In der Nacht schlief er in einer Waldrinde, vom Mond in einen silbernen Mantel gelegt, von Träumen beschwert.

Der Morgen war heiß und warf das Licht durch die schlaftrunkenen Täler; tausend strahlige Finger zuckten über die Höhen und knatterten; der Tag hing wie eine Leuchtugel über der Erde. Gorgias lief, und das Blut in den Adern blühte, und in seinem Fleisch wuchs wunderliches Moos. Ganz seltsam war er anzuschauen, ein Waldmann, ein Sohn des grünen Landes. Die Sonne

troch über sein Gesicht und hinterließ rote feurige Flecke. Ueber den Feldern lag die Süße des reifenden Korns, ein heißer Wind quirkte aus den Bellen und hob den Lehnduft in den grünlaubigen Himmel hinein. Man roch schon Wehl.

Der Regen lag in den Bergen — Gewitter. Es war Brand in diesem Tag. Die Dörfer zitterten, die Erde zitterte, die heiße Luft sprang wie Glas in der Sonne.

Wo war aber die Erde schöner als hier draußen? Wo ist man dem Durst der Sinne näher als an einem solchen Sommerlag? Man muß ein Mensch sein, sagte sich Gorgias, als er an die Fabriken dachte. . . Man muß riechen können und ein Herz haben und viel Saft in den Adern. Es genügt nicht, die Landschaft nur zu lieben. Näher!

Ins Laub greifen und schmecken, der Geruch süßt das Fleisch der Erde. Haut auf den Steinen, horch, die Erde wächst. Den Schädel ins Gras werfen, Wind liegt über Dir.

Die Bänder hingen wie schwarze Brombeeren an den Kuppen, als es Abend wurde. Verwirren glühten die Vögel und der Schaum, den die Sonne in die grünen Rische warf, wurde braun und metallisch und spritzte wie Schrotkugeln in das Holz.

Gefäßigt vom Duft der Welt, gefüllt mit dem Rauschen des Windes, der in den Gräben und Feldern liegt, zitterndes Gras, Raos und Sand in den Händen, stark im Glauben, daß die Erde uns trägt wie ihre Kinder und den züchtigt, der sie vergißt, so fuhr Gorgias wieder heim.

Die Sterne stachen wie Speere in den Himmel. Die Nacht legte das Segel.

Busonis Denkmal.

In Friedenau steht es, auf einem alten Friedhof, zwischen frischen Gräbern und alten Bäumen; gestern nachmittag wurde es eingeweiht. Auf einem schlichten hohen Steinsockel, in dem nur die Worte Ferruccio Busoni eingegossen sind, steht eine slingsartige voll Kraft und Strehen. So herrlich hat sie Professor Kolbe in Bronze gegossen, daß sie nicht sieht, sondern daß sie wird und wächst — herrlich paßt das zu Busoni, dem Optimisten, dem Gläubigen, dem Heiteren, dem Sieger im Geiste.

Eine richtige offizielle Feier hätte man veranstaltet, vornehme Herren mit Zylinder und Frack umstanden den schönen Platz, den die Stadt Berlin zur Verfügung gestellt hat, und an die hundert Menschen ohne Titel und Würden, die vor den eisernen Friedhofstoren erst warten mußten, wurden dann auch zugelassen. So wurde die offizielle Feier zu einer Volksfeier, und der Gedanke, daß das Busoni nun gar nicht merkt, tat weh. Professor von Busner von der Akademie der Künste und Paul Bekker, Kassels neuer Intendant, hatten während ihrer Ansprachen ein andächtiges Publikum; schade freilich, daß ein böser Wind ihm das meiste vorenthielt. Der Domar sang das „Miserere“ von Orlando de Lasso und das „Kyrie“ von Palestrina so voll und so rein, daß

Busoni selbst seine Freude auch hierbei geholt hätte. Und obwohl der Sturm in den Baumkronen schrie, flohte das Schöne mit Nacht!

Die Zentralbücherei für Blinde. Die Deutsche Zentralbücherei für Blinde in Leipzig ist ein Musterinstitut, das den Mittelpunkt des Blindenstudiums in Deutschland bildet. Wie die Leiterin Marie Lomnitz-Klamroth im „Vorwärts“ für den Deutschen Buchhandel“ ausführt, hat man hier ein „plattenloses“ Druckverfahren im Gegensatz zu den allgemein gebräuchlichen Plattendruckerfahren eingeführt. Dieses sogenannte Solium-Hoake ist der neuzzeitlichste Blindendruck, der außerordentliche Vorzüge besitzt und durch seine Einfachheit sogar den Buchdruck übertrifft. Die tastbare spuntige Grundform-Brairie, die Blindenschrift, die hier verwendet wird, läßt sich nicht nur für alle Sprachen benutzen, sondern auch für Mathematik, Chemie, Musikschrift und Blindenstenographie. Die Punktstift-Schreibmaschinen, die die Schrift tastbar wiedergeben, ermächtigen auf Grund des 6-Losten-Hall-Systems, alle Sprachen ganz einfach zu schreiben. Die Bibliothek umfaßt bei einem Bücherbestand von 15 000 Bänden alle Wissensgebiete und ist systematisch eingeteilt, so daß den Blinden die gewünschte Fachliteratur rasch zur Verfügung gestellt werden kann. Die Ausleihe von 30 000 Bänden im Jahre 1924 ergibt einen Prozentsatz der Benutzung, wie ihn kaum eine andere Bücherei zu verzeichnen hat. Die Zahl der Leser belief sich in diesem Jahre auf 3160. Der Lesesaal verfügt über eine reiche Präsenzbibliothek und zahlreiche Zeitschriften. Die Zentralbücherei umfaßt auch die 1916 gegründete Zentralauskunftsstelle für das gesamte Blindenbücherei- und Blindenbildungswesen mit 78 einzelnen Auskunftsstellen. Von dem Internationalen Blindenesperantologreng zu Prag wurde die Bücherei zur „Internationalen Blinden-Leihbibliothek“ gewählt und hat sich eine umfangreiche Esperanto-Abteilung angegliedert.

Leder aus Därmen. Durch ein neues Reichspatent ist ein Verfahren geschützt, durch das Därme zu lederartigen Produkten verarbeitet werden, die den echten Lederarten kaum nachstehen. Die Därme werden von allen Salzen und Schleimstoffen befreit, dann entfettet und einer mechanischen Bearbeitung unterzogen. Die Därme werden stark gepreßt, wodurch keine Zusammenziehung der Zellwände erfolgt. Hat man auf diese Weise leere Zellwände erzielt, dann eignen sie sich ganz besonders zu Füllungen und Färbungen, und das so erlangte Darmleder wird in Bädern aus Ammoniak und Glycerin geschmeidig gemacht. Auf diese Weise entsteht ein glattelederartiges Erzeugnis, das anstandslos gebleicht, lackiert und gepreßt werden kann.

Ein Kistenraub. Fischer haben dem Meergrund in der Nähe von Maraton (Griechenland) eine antike Bronzestatue herausgehoben, welche 1,30 m hoch und vollständig erhalten ist; es fehlen nur einige Beine. Die Statue wurde dem Wiener archäologischen Museum übergeben.

Der größte Staubeim der Welt ist in Sernar Malabar am Ganges 175 Meilen südlich von Korum, fertiggestellt worden. Durch den 60 Meilen langen Kanal mit Hunderten von Abzweigungen ist eine großartige Bewässerung der Ebene bei Cozira und damit eine bedeutende Förderung des Baumwollanbaus ermöglicht.

Am Ende der Jahre Unmühsam. Mac Millan hat Wittemod, wie ein Kenner Rumpfsand meidet, seine Reise nach dem Nordpol angetreten, um nach dem Verbleib der Amundsen-Expedition zu forschen.

die Rentenbankföhrer behalten, in seiner Geschäftsföhrung aber miffe des Bankinstituts mßglicst frei sein. Es wäre verfehlt, wenn man den Verwaltungsrat nach Interessentengruppen zusammenföhen wolle, deren Vertreter nicht unabhäufig seien. Das geplante Institut sei ein geeignetes Mittel zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag.

Ein deutschnationaler Antrag.

Der Reichstag hat das Gesetz über das Handelsabkommen mit Spanien angenommen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat dem Gesetz in ihrer Mehrheit zugestimmt. Nun stellt sie folgenden Antrag im Reichstag:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, gemäÙ den gegebenen Zusicherungen:

1. die Verhandlungen über die Neugestaltung des deutsch-spanischen Handelsvertrags sofort aufzunehmen;
2. die Kündigung dieses Vertrags auf 1. Juli 1925 vorzunehmen, sofern die Verhandlungen bis dahin die in Aussicht gestellten Abänderungen nicht gefunden haben;
3. die Steuererleichterungen und die Kreditgewährung schleunigst durchzuführen und solche in entsprechender Weise auch auf den Obst- und Gartenbau auszudehnen.

Wozu haben die Deutschnationalen dem Gesetz zugestimmt? So kann man weder Handelspolitik mit dem Ziele der Verständigung treiben, noch internationale Freundschaften pflegen. Wir sind begierig zu erfahren, ob dieser Antrag mit der Regierung vereinbart ist oder ob er eine Pistole gegen die Regierung bedeutet. Auf jeden Fall ist die Regierung an dieser Demagogie in handelspolitischen Fragen nicht unschuldig.

Minderheitenschutz.

Der preussische Linkskurs als Vorbild.

Wenn die deutsche Minderheit in Neupolen so viel Grund zu Klagen und Beschwerden über ihre Behandlung durch den polnischen Staat hat, so sieht sie dabei gewöhnlich auf die Ermordung: „Was hat die königlich preussische Nationalpolitik mit uns gemacht?“ Das kann nie und nimmer den Mißbrauch staatlicher oder nationaler Uebermacht gegen wehrlose Minderheiten entschuldigen, deren Schutz sogar durch das neuereuropäische Grundgesetz von Versailles vorgeschrieben ist; aber das Recht steht auf dem Papier, doch die Macht ist vorhanden und sie stützt sich in dem vorliegenden Fall auf das, was die hölzernerisch-junkerliche Staatsmacht der polnischen Minderheit angetan hat. Um so größeren Eindruck mußte es machen, daß gerade der preussische Landtag eben jetzt wieder, durch Mehrheitsbeschluß der Linksparteien und des Zentrums und besonders nach einer Rede unserer Genossen Wegscheider, sich abermals zu dem Ertrag der sozialistischen Regierung vom 31. Dezember 1918 auf weitestgehenden Schutz der Minderheitsschulen in Preußen bekannt hat.

Das Organ der Deutschen Arbeiterpartei in Kongresspolen, die auch sozialdemokratisch, aber mit den deutschen Sozialdemokraten in Bromberg (früher Preußen) und Bielefeld (früher Oesterreich) nicht zusammengeschlossen ist, die „Vozder Volkszeitung“, berichtet über diese Landtagsverhandlung auf der ersten Seite in besonders großer Schrift und schreibt dazu:

Die polnische Regierung und die Chauvinisten, die höher den deutschen Besitzern im Sejm und in anderen Körperschaften immer vorgemurrt haben, daß die Polen auf dem Gebiete des Schulwesens in Preußen unterdrückt und auch sonst verfolgt werden, sind durch den sozialdemokratischen Antrag eines Besseren belehrt worden. Hoffentlich finden sich auch im Sejm polnische Parteien, die endlich ernstlich an die Regelung des Schulwesens der nationalen Minderheiten herantreten werden.

Verhandlung und Beschluß des nicht mehr dreiklassigen, nicht mehr junkerlichen und wohl nie wieder „deutschnationalen“ preussischen Landtags haben den Deutschen in Polen ein wirkungsfähiges Argument zur Verfechtung ihrer berechtigten Forderungen gegeben.

Polnisch-Polizeilich-Parlamentarisches.

Wir berichteten fernerzeit über die Affäre Trojanowski. Dieser ehrsame Warschauer rechtsradikale Redakteur war am Vortage des 1. Mai in der Redaktion der „Wolka Ludu“ (Volksstempel) durch vorzeitige Explosion von Bomben verletzt worden, die erst bei der kommunistischen Waiseier gegen die Polizei plagen sollten, was den Bedarf nach neuen Verfolgungsanlässen gedeckt hätte. Die infolge der vorzeitigen Explosion und Herbeiföhrung der Sanitätler leider nicht mehr zu vertuschende Sache hängt jetzt bei der Staatsanwaltschaft. Aber der Oberspiegel Biontkiewicz, Leiter der Expositur der Warschauer politischen Polizei, dessen Weisungen der Propagandist befolgt hatte und der vom Dienst suspendiert werden mußte, erhielt jetzt den Posten eines Inspektionsbeamten bei der Wojewodschaft Pommernellen!

Am Sejm mußte bei einem Dringlichkeitsantrag der Weißrussen über die Ermordung des Lehrers Wojtowicz und die Verbringung des Bieganski Vizeminister Dipinski zugehen, daß der Lehrer Wojtowicz von Organen der Polizei ermordet worden ist; die Schuldigen seien bereits verhaftet und außerdem sollen auch einige Militärpersonen, die der Ermordung und den Prügeleien zusahen, ohne einzugreifen, zur Verantwortung gezogen werden. Die Dringlichkeit wurde abgelehnt.

Der Dringlichkeitsantrag der Ukrainer betreffend die Verhaftung des Abg. Bancucki wurde ebenfalls abgelehnt. Bei der ersten Abstimmung war sich das Sejmgebäude nicht einig, so daß die Rechtsparteien gegen den ukrainischen Abg. Fiderkiewicz Beschimpfungen wie: Weg mit solch einem Sekretär, weg mit diesem Volksemit! ausstießen. Beim Hammelsprung stimmten 118 Abgeordnete gegen die Dringlichkeit und 81 dafür. Dieses Ergebnis begrüßten die Rechtsparteien mit Rufen: Fiderkiewicz ins Irrenhaus! Nach Zworcki mit ihm!

Das Aufwertungsgesetz.

1. Lesung beendet. — Deutschnationale Geständnisse.

Der Aufwertungsausschuss des Reichstags föhrte in seiner gestrigen Sitzung die Beratung des sogenannten Aufwertungsgesetzes, das die Verpflichtungen der privaten Schuldner regelt, zu Ende. Zu den Uebergangsbestimmungen beantragten die Regierungsparteien, daß die nach dem Inkrafttreten der 3. Steuernotverordnung von neuen hypothekensicheren erworbenen Rechte respektiert werden sollen bis zum 1. Oktober 1924, während der Regierungsvorlage den 1. Januar 1925 vorschlägt. Abgeordneter Best beantragte Streichung der ganzen Vorschrift, die Sozialdemokraten unterstützten diesen Antrag, stellten aber für den Fall seiner Ablehnung den Antrag, den 1. Juli 1924 als Grenztermin anzufögen.

Abg. Dr. Best machte geltend, daß die Öffentlichkeit vom Tage des Erlasses der 3. Steuernotverordnung ab mit einer Änderung

Steuern für die Entente.

Die Deutschnationalen für Erhöhung der Reparationslasten.

Solange die Deutschnationalen außerhalb der Regierung standen, waren sie die heftigsten Gegner der Erfüllungspolitik. Rasch haben sie umgelernt. Ebenso wie in der Schulblüge, der Frage des Sicherheitspaktes, des Eintritts in den Völkerbund und der Entwaffnung Deutschlands tun sie auch in der Erfüllungspolitik das Gegenteil von dem, was sie bei der Wahl versprochen haben. Es dürfte aber doch eiriges Erlaunen hervorrufen, daß die Deutschnationalen sogar freiwillig eine Erhöhung der deutschen Reparationszahlungen an die Entente vornehmen wollen. Hier der Beweis!

Das Gutachten der ausländischen Sachverständigen bestimmt, daß die Einkünfte des Reiches aus Zöllen sowie die Erträge der Steuern aus Tabak, Branntwein, Zucker und Bier als Sicherheit für die deutschen Reparationszahlungen verpfändet werden. Wenn der Ertrag aus diesen Einkünften im Jahre 1926/27 hinter einer Milliarde, im Jahre 1927/28 hinter einerinhalb Milliarden zurückbleibt, werden die Reparationszahlungen um einen Betrag verringert, der einem Drittel des jeweiligen Fehlbetrages entspricht. Wenn dagegen die genannten Einkünfte diese Grenzen übersteigen, so hat eine Zusatzzahlung zu erfolgen, die einem Drittel des Ueberschusses gleichkommt. Abzug sowohl als Zuschlag sind jedoch auf einen Betrag von 250 Millionen im Jahr begrenzt. Mit anderen Worten: Wenn der Ertrag der verpfändeten Steuern und Zölle im Jahre 1926/27 eine Milliarde übersteigt, im Jahre 1927/28 1½ Milliarden übersteigt, so erhöht sich die Reparationslast Deutschlands. Die Erhöhung beträgt ein Drittel des Mehrertrags, aber im Höchstfall 250 Millionen Mark. Wie steht es nun mit dieser Möglichkeit? Bereits im Jahre 1924 haben die verpfändeten Einnahmen den vorgesehenen Betrag von 1¼ Milliarden überschritten. Sie erbrachten 1,424 Milliarden. Davon entfielen auf

die Zölle	356 Millionen.
die Tabaksteuer	513 Millionen.
die Biersteuer	195 Millionen.
die Zuckersteuer	217 Millionen.
das Branntweinmonopol	141 Millionen.

Für das Jahr 1928 rechnet das Reichsfinanzministerium mit ähnlichen Erträgen, insgesamt mit einem Ertrag von 1,408 Milliarden.

Dieser Betrag wird erreicht, wenn es bei den bisherigen Zöllen und Steuererträgen bleibt. Nun hat aber das Reichsfinanzministerium dem Reichstag die Vorlage über Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer und des Tabakzolls zugehen lassen. Es schätzt, daß es damit aus der erhöhten Belastung des Tabaks einen Mehrertrag von 210 Millionen, aus der erhöhten Belastung des Bieres einen Mehrertrag von 130 Millionen erzielt, so daß der Gesamtertrag der verpfändeten Einnahmen auf 1,748 Milliarden steigen wird.

Dazu tritt aber noch die neue Vorlage über die Erhöhung der Zuckersteuer. Das Reichsfinanzministerium behauptet zwar, daß ein Mehrertrag aus der neuen Festsetzung der Zuckersteuer nicht zu erwarten sei. Das wird nur dann richtig sein, wenn der Zuckerverbrauch nicht steigt. Steigt er aber, was im Interesse der Volksernährung zu wünschen ist, dann ist auch aus dieser Steuer ein größerer Betrag zu erwarten.

Vor allen Dingen wird aber

die neue Zollvorlage der Reichsregierung

einen Mehrertrag liefern. Seine Höhe läßt sich schwer schätzen, da er von den Zöllen abhängt, die in den Handelsverträgen vereinbart werden.

ihrer Vorschriften rechnen mußte, und daher in diesem Falle der öffentliche Glaube des Grundbüches, den die Regierung zu schätzen für notwendig hielt, nicht gemahrt werden mußte.

Abg. Reil erinnerte zur Begründung des sozialdemokratischen Antrags daran, daß die Deutschnationalen bereits im Juni 1924 die Aufhebung der 3. Steuernotverordnung für den 31. Juli 1924 beantragt hätten. Die Öffentlichkeit, die diesen Antrag ernstlich genommen habe als die Antragsteller, habe also mindestens vom 1. Juli 1924 ab mit einer Änderung der Rechtsvorschriften rechnen müssen. Die Deutschnationalen hätten die Annahme ihres Antrags damals sofort haben können, weil die Sozialdemokratie ihre Zustimmung in Aussicht gestellt hatte. Sie seien aber vorsichtshalber einer Abstimmung aus dem Wege gegangen.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Rademacher machte hierauf das wertvolle Geständnis, daß seine Partei nicht mit der Aufhebung der 3. Steuernotverordnung habe rechnen können.

Reil stellte darauf fest, daß die Deutschnationalen einen Antrag auf Beseitigung der 3. Steuernotverordnung eingebracht hätten im Vertrauen darauf, daß er keine Annahme finde. Unser Redner trat weiter der von Dr. Rademacher aufgewärmten Legende entgegen, daß die Sozialdemokratie Ende 1924 eine ablehnende Haltung zur Aufwertungsfrage eingenommen habe. In Uebereinstimmung mit der Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder des Aufwertungsausschusses von 1924 habe er (Reil) im Württembergischen Landtag eine Reihe von Grundbüchern aufgestellt, die bereits im Oktober 1924 die einstimmige Zustimmung aller Parteien gefunden hätten. Auch die deutschnationalen Verbündeten Württemberg hätten sich damals — vor den Wahlen! — auf den Boden dieser Grundbücher gestellt, um nun im jetzigen Reichstag das direkte Gegenteil zu tun.

Trotzdem mehrere Vertreter der Regierungsparteien den Antrag der Sozialdemokraten als berechtigt anerkannten, stimmten sie ihn aus Fraktionsdisziplin ebenso nieder wie den Antrag Best und nahmen ihren eigenen Antrag an.

Damit war die erste Lesung beendet. Am Donnerstag soll die erste Beratung des Gesetzes über die Ablösung der öffentlichen Anleihen beginnen, und zwar mit einer Klärung der Frage, welche Mittel für diesen Zweck zu beschaffen sind. Vom Abg. Reil (Soz.) wurde in Aussicht gestellt, daß die Sozialdemokratie vor der Entscheidung über die grundlegenden Fragen dieses Entwurfs vollständige Klarheit zu schaffen versuchen werde über die Aussichten einer Beseitigung der Inflationsgewinne und der erhalten gebliebenen Vermögen.

Kein deutscher Waffenschmuggel.

Madrid, 17. Juni. (E. W.) Die beiden deutschen Dampfer, die vor einiger Zeit in Agadir von den Franzosen beschlagnahmt wurden, weil sie des Waffenschmuggels für Abd el Krim verdächtig seien, sind wieder freigelassen. Sie hatten nur Fische befördert. Mittlerweile ist ein drittes deutsches Schiff beschlagnahmt und nach Mogador gebracht worden. Es scheint, daß Befehl gegeben worden ist, alle deutschen Schiffe in den marokkanischen Küstengewässern zu beschlagnahmen.

Ein Abschredungsurteil.

Algier, 17. Juni. (E. W.) Das französische Kriegsgericht verurteilte den Sergeanten Den Rahat Djaffar wegen

Immerhin darf man wohl annehmen, daß die Einführung von Agrarzöllen und höheren Industriezöllen einen Mehrertrag von einigen hundert Millionen Mark bringen wird.

Alles in allem kann man somit mit einiger Sicherheit annehmen, daß vom Jahre 1926/27 ab statt der Normalsumme von 1¼ Milliarden 2 Milliarden aus den verpfändeten Reichseinnahmen aufkommen werden. Damit würde die

Erhöhung der Reparationslasten von 2¼ Milliarden 2½ Milliarden

automatisch eintreten. Die Belastung des deutschen Verbrauchs würde also in erheblichem Maße nicht zur Sanierung der deutschen Wirtschaft, sondern zur Erhöhung unseres Tributs an das Ausland vorgenommen werden.

Dieser Plan ist so ungeheuerlich, daß man sich trotz aller erstaunlichen Wandlungen der Deutschnationalen fragt, ob sie wirklich diese Lustig hegen, die doch auch in den Kreisen ihrer Anhänger auf großen Widerstand stoßen wird. Es gibt allerdings eine Möglichkeit, diesen Widerstand abzuschwächen, nämlich, einen Teil der verpfändeten Einnahmen des Reichs statt in den Reparationstopf der Entente in die unergründlichen Taschen der deutschen Großagrarier zu leiten.

Die Zollvorlage der Reichsregierung enthält den Plan der Wiedereinföhrung des Systems der Einfuhrscheine. Dieses System bewirkt, daß der Landwirt für jeden Doppelpentner ausgeführten Getreides einen Einfuhrschein erhält, mit dem er die gleiche Menge Getreide zollfrei wieder einföhren kann. Diese Einfuhrscheine sollen auf die Zölle aller Einfuhrwaren in Zahlung gegeben werden können, mindern also dann den Zollbetrag wesentlich herab. In früherer Zeit mußte dadurch das Reich die Hälfte seiner Zolleinnahmen für Getreide an die Agrarier herausgeben.

Aber selbst wenn das Einfuhrscheinsystem in vollem Umfang wieder eingeföhrt werden sollte, würde immer noch die Summe der verpfändeten Einnahmen so hoch sein, daß mit einer Erhöhung der deutschen Reparationslast um 250 Millionen Mark jährlich gerechnet werden muß. Soweit sind also die Deutschnationalen bereits gelang. Sie, die jahrelang die Erfüllungspolitik auf das heftigste bekämpft haben als „die Verkläbung Deutschlands“, als „das größte Verbrechen der Weltgeschichte“, einen der erbärmlichsten Raubzüge, die das Londoner Abkommen bezeichnet als den „Weg in die Sklaverei“ und den „neuen Nordvertrug“, sie bieten jetzt freiwillig mehr als je von Deutschland verlangt wurde.

„Solange deutsche Regierungen noch Reparationen zahlen wollen, solange keine Steuern!“ So rief Herr Schlange-Schönningen am 12. April 1924 auf der Tagung des kurhessischen Landbundes. „In dem Wahlkampf wird darum gekämpft, eine Mehrheit zu schaffen, die der Erfüllungspolitik ein Ende macht.“ So schrieb Graf Westarp in der „Kreuz-Zeitung“ vom 19. April 1924. „Ablehnung aller Versuche, zu den alten Ketten neue zu schmieden. Keine Scheinfreiheit um den Preis unerträglicher Opfer.“ sagte der Wahlaufmarsch der Deutschnationalen Volkspartei im März 1924.

Und jetzt! Jetzt gehen sie hin, verteuern Brot, Milch, Fleisch und alle übrigen Nahrungsmittel, Tabak, Bier, Zucker mit dem Erfolg, daß der deutsche Verbraucher nicht nur höhere Preise an den Agrarier, sondern auch höhere Preise an die Entente zu zahlen hat.

Defektion und Einverständnis mit dem Feinde in contumaciam zum Tode. Die Anklagepunkte datieren noch aus der Zeit des Weltkrieges. (Da sollte erst jetzt das Urteil ergeben?) Es wird wohl aktuelle Abschredungszwecke haben! Red. d. „E.“)

Denkmalnot.

Wir haben zu wenig Denkmäler. Es sei nur darauf hingewiesen, daß Wilhelm II., Tirpitz und Ludendorff noch nicht ausgehauen sind. Aber auch andere bedeutende Männer harren der Vereinerung durch den Reich der Künstler. So z. B. Adam Riese und Jordan v. Kröcher. Das deutsche Volk ist arm geworden. Unsere Bedürftigkeit nötigt uns auch auf dem Gebiete der Ehre unserer Großen Sparsamkeit auf. Deshalb wird nur kleinliche Rücksicht den Gedanken von Doppeldenkmälern ablehnen. Die Bildung eines Ausschusses zur Errichtung eines Erzeugnisses der Bildhauerkunst, das Adam Riese und Jordan von Kröcher auf dem gleichen Sockel zeigt, ist das Gebot der Stunde. Die beiden Männer stehen zueinander in näheren Beziehungen als man denkt. Adam Riese ist der Mann, dem wir die vier Spezies danken, Jordan v. Kröcher hat die Brutalität der Rechenmethoden Rieves verfeinert. In der Reichstagsitzung vom Dienstag föhrte die rechnerische Unzulänglichkeit des deutschnationalen Schriftführers Dr. Philipp, der nicht weiß, daß 193 mehr ist als 188, zu einer Geschäftsordnungsdebatte, in der der deutschnationale Führer Schulz-Bromberg zum Schutze seines unbegabten Fraktionskollegen das Wort ergriff. Der liebe Gott muß, während Herr Schulz sprach, ein wenig geschummert haben; zum mindesten hat er den Redner offensichtlich verlassen. Herr Schulz erzählte in schwärmerischer Verzückung von der guten alten Zeit des Dreiklassenparlaments. Herrn v. Kröcher, so plauderte Herr Schulz, genüge die Zustimmung eines einzigen konservativen und eines nationalliberalen Abgeordneten, zu einem Antrag, um dessen Annahme zu verhandeln; er stützte sich einfach darauf, daß bei vollbesetztem Hause beide Parteien die Mehrheit des Hauses bildeten. Die Linke des Reichstages wählte sich vor Launen angelehnt der Offenherzigkeit, mit der Herr Schulz Beiträge zu einem Charakterbild Jordan v. Kröchers lieferte. Aber rechts sah man auf den Gesichtern eine Mischung von Unbehaglichkeit und selbiger Rückerinnerung. Die alten Zeiten stiegen vor dem, was bei den Deutschnationalen die Stelle des Geistes vertritt, in ihrer ganzen Schönheit auf, die Zeiten der Hinterwahlskreise, die Zeiten, wo man nicht genötigt war, auch nur mit dem Siggelisch Arbeit zu leisten. Warum wollen Sie die Anlässe zu der mehmtigen Betrachtung: „Ich befah es auch einmal, was so köstlich ist“ — auf die allerdings nicht seltenen Fälle beschränken, meine Herren, in denen Herr Schulz-Bromberg eine kapitale Dummheit begeht? Ans Werk! Zeigen Sie sich dankbar! Auf zur Errichtung eines Denkmals für Adam Riese und Jordan v. Kröcher! Stehen möge es am herrnsigen Jordan v. Kröchers, in Binzelsberg in der Altmark! Und als Nebenfigur füge man eine Büste des Verherrlichers der präsidialen Geschicklichkeit und Bewissenhaftigkeit Kröchers, des Herrn Schulz-Bromberg hinzu!

Gewerkschaftsbewegung

Die Aussperrung der Holzarbeiter.

Die bisher vorliegenden Nachrichten geben die Gesamtzahl der ausgesperrten Holzarbeiter auf etwa 29 000 Mann an. Es ist möglich, daß noch eine weitere Steigerung eintritt, wenn die bereits für Donnerstag angekündigte Aussperrung in Düsseldorf, Köln und im linksrheinischen Gebiet durchgeführt wird. Auch sonst gibt sich die Leitung des Arbeitgeberverbandes lebhaft Mühe, das Aussperrungsgebiet zu erweitern. So wird in Blättern, die von der Unternehmerorganisation inspiriert werden, die bevorstehende Aussperrung im Bezirk Bremen, Oldenburg, Ostfriesland in Aussicht gestellt, obwohl dort bisher gar keine Lohnforderungen gestellt wurden, geschweige denn Verhandlungen gepflogen worden wären. Für den Bezirk Hessen und Hessen-Raffau wurden in Frankfurt a. M. Verhandlungen gepflogen, die jedoch von den Unternehmern mit dem gleichen Ernst geführt worden sind, wie die in Berlin eingeleiteten Verhandlungen für die übrigen Bezirke. Auch hier sucht man nach einem Vorwand für die Aussperrung.

Die örtlichen Leiter der Unternehmerorganisation suchen schlecht und recht, ihre Pflicht zu erfüllen. Begeisterung für den Kampf ist aber nicht zu entdecken. Deshalb auch die fortgesetzten Bemühungen des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes, durch bewußt wahrheitswidrige Darstellungen des Verlaufes der Zentralverhandlungen die fehlende Begeisterung zu wecken. Aber man kennt auch im Lager der Unternehmer die Wahrheitsliebe der eigenen Verbandsleitung.

Die Leitung des Arbeitgeberverbandes will die Aussperrung als einen Vernichtungskampf gegen den Deutschen Holzarbeiterverband führen. Sie bestreitet zwar diese Absicht, aber die Reverse, die an den verschiedensten Orten den Arbeitern vorgelegt wurden, zeigen, daß mindestens die Anregung dazu von einer Zentralstelle ausgeht. Der allen Arbeitern vorgelegte Revers hat übrigens insofern die Form eines neuen Arbeitsvertrages, als er von dem Unternehmer auf Grund des § 119 BGB. triftlos gelöst werden kann, wenn sich herausstellt, daß der Arbeiter entgegen der abgegebenen Versicherung doch dem Deutschen Holzarbeiterverband angehört. Man braucht solchen Scherzen, die allerdings von den Unternehmern bitter ernst genommen werden, keine große Bedeutung beizumessen. Auf solche Weise ist der Deutsche Holzarbeiterverband nicht zu erledigen.

Verbandstag der Friseurgehilfen.

Die Verhandlungen im Friedrich-Ebert-Haus (Schloß Tannich) wurden am Sonntag, abends 8 Uhr eröffnet. Das Bureau bilden Viere und Borenz als Vorsitzende und Eytorn als Schriftführer. Nach Erledigung der notwendigen Formalitäten wurde die Sitzung auf Montag verlegt. Am Montag erstatteten der Verbandsvorsitzende, der Kassierer und der Obmann des Verbandsausschusses den Geschäftsbericht. In einer mündlichen Begründung des Berichts erörterte der Vorsitzende insbesondere die Fragen der Sonntagsruhe und des Lehrlingsmangels. Die Arbeitgeber laufen Sturm gegen die Lehrlingsordnung, weil sie die frühere Lehrlingszucht wieder herbeiführen möchten. Wie groß der angebliche Lehrlingsmangel ist, geht daraus hervor, daß in Preußen neben 4153 männlichen und 1158 weiblichen Gehilfen 2281 männliche und 603 weibliche Lehrlinge beschäftigt werden. In den übrigen Freistaaten 3006 männliche und 1169 weibliche Gehilfen, daneben 730 männliche und 350 weibliche Lehrlinge. Es kommen also in Preußen, wo die einschneidende Ordnung zuerst erlassen wurde, auf 100 Gehilfen rund 55 Lehrlinge und auf 100 Freistaaten 52,7 Lehrlinge.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht wird insbesondere die Notwendigkeit der Agitation und die Mittel und Wege zur Heranziehung der Unorganisierten erörtert. Eine gelbe Strömung, die von den Arbeitgebern gefördert wird, mache sich verschiedentlich breit. Beschlossen wird, im Verbandsorgan, das weiterhin monatlich erscheinen soll, auch sachliche Berichte und Artikel erscheinen zu lassen.

Die Tätigkeit des Vorstandes wurde gebilligt und eine Reihe von Wünschen geltend gemacht, ferner eine Reichswerbeweche zu veranstalten und dabei einen Referentenaustausch zwischen den einzelnen Verbandsgebieten vorzunehmen.

Der dritte Verhandlungstag galt zunächst der Erörterung der Arbeitszeitverordnung. Genosse Paul, Umbreit hielt hierauf einen Vortrag über den Wiederaufbau der Sozialpolitik, der mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Die Gehälter in der Zigarettenindustrie.

Der DVB schreibt uns: In der Berliner Zigarettenindustrie wurde bei jeder Gehaltsverhandlung von ihren Vertretern in allen Fällen jede Gehaltserhöhung abgelehnt, mit der Begründung, daß die Firmen kaum oder gar nicht in der Lage wären, die zurzeit geltenden Gehaltsätze zu zahlen, geschweige denn irgendeine Erhöhung zu bewilligen. Es werden solche Versicherungen meist ohne Erörtern abgegeben, trotz der Anwesenheit von Angestellten, die schnell an den Fingern herzählen könnten, daß manches anders wäre, daß man auch bei Beschaffung von Privatautomobilen auf Geschäftskosten, der Anstellung von „noch einem Direktor“ und anderen Luxusanschaffungen nicht so gar sparsam wäre und daß „schlechte Preise“ eigentlich nur praktisch würden bei der Bezahlung der Angestellten und Arbeiter. Soweit sind die hier geschilderten Erscheinungen durchaus „normal“.

Als Industrie, die ganz besonders darauf angewiesen ist, daß der Arbeitnehmer etwas mehr erwidert als lediglich die Aufwendungen für den Lebensunterhalt, zahlt sie seit Jahren die schlechtesten Gehälter ganz Berlins und die niedrigsten Gehälter in der gesamten deutschen Zigarettenindustrie. Daneben wurde von den Angestellten in der Mehrzahl der Firmen ein solches Maß von Überarbeit (unbe-

zahlt) verlangt, daß es nur zu verwundern ist, daß unsere Gewerkschaft nicht noch nie Veranlassung nahm, mit entsprechenden Strafmaßnahmen dagegen vorzugehen. Trotz der Überstunden lehnte man seit nunmehr reichlich anderthalb Jahren jede, auch die geringste Gehaltserhöhung mit dem Hinweis auf das „schlechte Geschäft“ ab.

Seit Wochen ist die Berliner Zigarettenindustrie so stark beschäftigt, daß überall Überstunden über das gesetzlich erlaubte Maß hinaus gemacht werden, da kein gelerntes Personal zu haben ist. Da für diese Leistung alle Kräfte bis zum letzten angepannt werden müssen, da außerdem auch die Lebenshaltungskosten in der letzten Zeit erheblich gestiegen waren und da seit 1 1/2 Jahren schon eine Neuregelung der Gehälter nicht vorgenommen war — baute man den Angestellten die Gehälter rückwirkend ab, und zwar um Beträge von 30 bis 60 M. pro Monat. Das geschieht natürlich nur in Rücksicht auf die „schlechten Geschäfte“ der Zigarettenindustrie, die zurzeit so schlecht sind, daß z. B. die Kuraiti L.G. „nur“ 21 Proz. Dividende für 1924 ausschütten konnte, daß sie einen Bruttogewinn von 400 Proz. des Aktienkapitals erzielte und daß sie auch für das laufende Jahr mit „einem ebenso günstigen Ergebnis“ rechnet.

Leider gibt es unter den Angestellten noch viele, die sich nicht darauf besinnen, daß es anders sein könnte, wenn die Angestellten noch so organisiert wären, wie sie es 1919/21 waren. Zu diesen und einer Reihe ähnlicher Fragen werden die Angestellten der Zigarettenindustrie demnächst in einer öffentlichen Versammlung Stellung nehmen.

Bergarbeiterdelegation nach Rußland.

Wie erinnerlich, beschloß der letzte internationale Bergarbeiterkongress in Brüssel, eine Delegation zum Studium der Bergarbeitersituation im Bergbau nach Rußland zu schicken. Wie wir erfahren, wird diese Kommission im Juli ihre Reise antreten. Delegierte aus Belgien, England, Deutschland, Polen und der Tschechoslowakei, die von ihren Organisationen bereits bestimmt sind, werden daran teilnehmen.

Abbau auch der oberen Reichsbahnbeamten.

Der Abbau von Beamten und Arbeitern der Reichsbahn nimmt trotz schärfster Proteste einen ungeahnten Umfang an. Nachdem bisher nur die unteren Gruppen in Frage kamen, will man, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, auch den Abbau der Beamtengruppen X bis XIII in Angriff nehmen. Das ist leicht erklärlich, wenn man bedenkt, daß allein bei der Reichsbahndirektion Dresden mehr als 100 technische Beamte der höheren Besoldungsgruppen X bis XII beschäftigt werden, obwohl die technischen Beamten auf ein Mindestmaß eingeschränkt sind. Wir sind neugierig zu erfahren, ob bei dem Abbau der oberen Beamten die Pensionsrechte in der gleichen Weise befreit werden, wie es bei den abgebauten Beamten der unteren Gruppen geschehen ist.

Der Streik im Dunggroßhandel erfolgreich beendet.

Der Streik im Dunggroßhandel ist mit einem vollen Siege der Arbeitnehmererschaft beendet worden. Alle Forderungen des Syndikats des Arbeitgeberverbandes, Dr. Engel, Arbeitswillige und die Technische Rothhilfe heranzuziehen, sind elend gescheitert. Der feste Zusammenhalt der Arbeitnehmererschaft hat die Arbeitgeber gezwungen, trotz Widerstandes Konzessionen zu machen. Der Lohn ist durch Schiedspruch von 87 M. auf 45 M. pro Woche erhöht worden. Die Arbeitgeber so wohl wie die Arbeitnehmererschaft stimmte diesem Schiedspruch zu, so daß am heutigen Donnerstag die Arbeitsaufnahme in allen Betrieben reiflos erfolgt. Alle Arbeiter werden wieder eingestellt. Der Streik gilt nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Wir fordern nunmehr alle Dunggroßhändler und Arbeiter auf, die Reiben reiflos zu schließen im Deutschen Verkehrsbund, damit sie in Zukunft dem Arbeitgeberverband geschlossen und schlagbereit gegenüberstehen.

Der Winklerstreik bei Bergmann, Seestr., geht weiter.

Im Dienstag fanden zwischen dem DVB und dem BMR Verhandlungen statt. Von der Firma Bergmann waren zwei Vertreter zugegen. Die Verhandlung, welche annähernd drei Stunden dauerte, zeugte folgendes Ergebnis: Die Firma erklärt sich bereit, alle entlassenen Winkler und Winklerinnen sofort wieder einzustellen mit ihren alten Rechten. Betreffs der Aufbesserung der Verdienstmöglichkeiten könne die Firma erst dann mit der Lohnkommission im Werk in Verhandlungen eintreten, nachdem die Arbeit wieder aufgenommen worden ist.

In einer Versammlung der Streikenden erstattete die Lohnkommission Bericht. In der darauf folgenden Diskussion kam starke Erregung zum Ausdruck. Es wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen und mit großer Majorität die Fortsetzung des Kampfes beschlossen, bis die Firma der Kommission weitere Zugeständnisse macht.

Die Bauanschläger für Organisationseinheit.

Am Dienstag, den 9. Juni, tagte im Verbandshaus des DVB eine allgemeine Bauanschlägerversammlung mit der Tagesordnung: „Wie schaffen wir uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.“

Fuchs vom DVB referierte über die Bauanschlägerbewegungen und wie in letzter Zeit der Schmaragdgedanke auch bei den Arbeitgebern in diesem Gewerbe am Fuß greift. Er zeigte, was den Bauanschlägern droht, wenn die Arbeitgeber sich dem BMR anließen, und daß es an der Zeit wäre, für die Bauanschläger eine Einheitsorganisation zu schaffen, damit die Kräfte, die heute durch die beiden Lohnkommissionen bestehen (DVB und Verein der Bauanschläger), endlich befreit werden.

Während des Referats erlaubte sich der Vorsitzende des Bauanschlägervereins allerlei Zwischenrufe, fand aber nicht den Mut, den Ausführungen von Fuchs entgegenzutreten. Grunow vom DVB schloß, wie durch die Schuld der doppelten Organisationen die Löhne nicht besser zu vereinbaren sind, und daß Anstrengungen, die der DVB unternommen hat, um einen einheitlichen Arbeitsnachweis zu schaffen, bisher noch ohne Erfolg geblieben sind.

Gegen die Stimmen der beiden Vorsitzenden vom Bauanschlägerverein stimmten alle Mitglieder des Bauanschlägervereins einer Resolution zu, welche befahl, daß alle Berliner Bauanschläger verpflichtet sind, sich nur im DVB zu organisieren. Die Mitglieder des Bauanschlägervereins verpflichteten sich mithin, in ihren Kreisen dafür Sorge zu tragen, daß auch diese Mitglieder schnellstens dem DVB beitreten.

Der Duisburger Hafnarbeiterstreik geht weiter.

Duisburg, 17. Juni (Eigener Drahtbericht). Die Hafnarbeiter haben den Schiedspruch für die Beilegung des Konflikts im Duisburg-Ruhrorter Hafen mit großer Mehrheit angenommen. Die Arbeitgeber-Organisation, der Hafenbetriebsverein, hat dagegen den Schiedspruch abgelehnt. Daraufhin haben die Hafnarbeiter beschlossen, den Streik verhärtet fortzusetzen. Gleichzeitig wurde Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt.

Resultatlose Verhandlungen in der Schwerindustrie.

Dortmund, 17. Juni (Eigener Drahtbericht). Am 17. Juni fanden unter dem Vorsitz eines Vertreters des Schlichters für Westfalen in Dortmund Verhandlungen über den Gehaltsstreit der Angestellten der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie statt. Da bei der grundsätzlichen Einstellung beider Teile trotz stundenlangender Verhandlungen ein Ergebnis nicht erzielt werden konnte, mußten die Verhandlungen resultatlos abgebrochen und auf unbestimmte Zeit vertagt werden.

Straßenbahnerstreik in Leipzig.

Leipzig, 17. Juni. (Zl.) Das technische Personal der städtischen Straßenbahn ist heute früh in den Aufstand getreten. Die Direktion verfuhr mit allen Mitteln den Verkehr aufrecht zu erhalten, jedoch ist bei längerer Streikdauer mit Einschränkung und Verkürzung des Fahrdienstes zu rechnen.

Die Bauhandwerker von Mannheim, Heidelberg und Weinheim sind infolge Nichtbewilligung von Lohnforderungen in den Streik getreten.

Angestellte der Metallindustrie! Eine große Fälschung stellt ein Rundschreiben dar, das widerrechtlich mit „Bund der technischen Angestellten und Beamten“ unterzeichnet ist und in den Betrieben verteilt wird. Es wird damit zum Zweck einer Versammlung der Angestellten der Metallindustrie am 18. d. M. aufgefordert. Die Angestellten-Organisationen Oubab, F. d. A. und D. B. S. haben weder mit dem Rundschreiben noch mit der Versammlung irgend etwas zu tun. A + A Metallarteil. Günter, Lange, Rotbe.

In dem Lohnstreit der Zentralheizungsindustrie Rheinlands und Westfalens wurde am Mittwoch unter dem Vorsitz eines Vertreters des Schlichters für Westfalen folgender Schiedspruch gefällt: 1. Der tarifliche Spitzenlohn wird ab 17. 6. 1925 von 1,10 auf 1,20 M. pro Stunde erhöht. Die Lohnsätze der übrigen Gruppen verändern sich entsprechend. 2. Die Erklärungsdauer läuft bis zum 23. 6. 1925.

BV. Funktionäre der Metallindustrie! Wie bereits in unserer Postkarte vom 16. Juni erwähnt, finden in unserer Gehaltskommission mit dem DVB am Donnerstag, den 18. Juni, nachm. Verhandlungen statt. — Über das Ergebnis wird in einer BV. Funktionärenversammlung am gleichen Tag, abends 7 1/2 Uhr, im Sauerlands Hotel, Neue Friedrich-, Ecke Rote-Kreuz-, Bericht erstattet. — Wir erwarten bei der Wichtigkeit der Lageordnung, daß kein Funktionär fehlt. — Mitgliedsbuch und Funktionärenweisbuch. Einladungs schreiben beifügen. Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Berlin, J. A. Lange.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Arthur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Glaser; Justiz: Dr. John Schlawski; Soziale und Politische: Felix Karst; Angelegenheiten: Dr. John Schlawski; Soziale und Politische: Hermann-Berling G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Berling-Verlag und Verlagsanstalt West-Union u. Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 3. Stern 2 Belangen und „Unterhaltung und Wissen“.

Die erste Bedingung

für jede gut geleitete Küche ist die Verwendung bester Zutaten für die Bereitung der Mahlzeiten.

Aus diesem Grunde ist

Dr. Oetker's „Gustin“

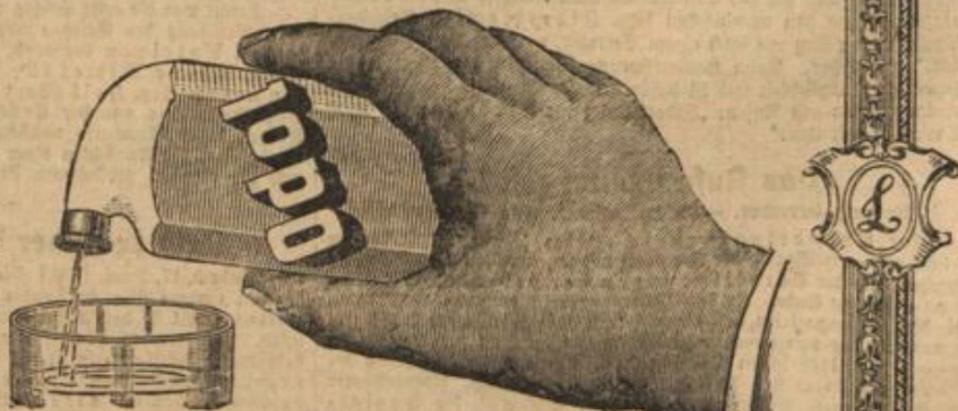
in der einfachen sowie feinen Küche allgemein beliebt. — Der Gebrauch von Dr. Oetker's Gustin ist außerordentlich vielseitig. Man nimmt Gustin, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüße, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken. Außerdem bereitet man mit Gustin Puddings, Cremes, Suppen, Kuchen, Torten, Milch- und Fruchtflammeris, ideale Kinderspeisen und Krankenspeisen aller Art.

Ein Versuch wird jede Hausfrau befriedigen.

Sie kaufen Dr. Oetker's Gustin in „Originalpäckchen“ mit der Schutzmarke „Oetker's Heliokopf“ zum Preise von 33 Pfg., in allen einschlägigen Geschäften.

Besondere „Gustin-Rezepte“ erhalten Sie kostenlos ebendasselbst oder, wenn vergriffen umsonst und portofrei von Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Interessante Feststellung: Die hygienische, d. h. die vorbeugende, desinfizierende und heil- helfende direkte Wirkung des Odol auf Zähne, Mund, Mandeln und Rachen, wie auch die indirekte auf den Gesamtorganismus, stellt sich nach wissenschaftlichem Urteil und nach tausendfacher praktischer Erfahrung als eine immer umfassendere und tiefere heraus.





Es gibt ein ganz besonders freudloses und daher um so mühsameres Arbeitsringen, auf das man kaum oder gar nicht achtet, weil es so ziemlich abseits vom Anschaulichen einer Weltstadt liegt: das sind — wie sie sich selbst nennen — die „Koppelnrechte“...

Tragödie des Pferdes?

In wieviel Jahren wird das Pferd gänzlich aus dem Großstadtleben geschwunden sein? Sicher recht bald, und man könnte von einer Tragödie des Pferdes sprechen und schreiben, wären nicht die Hauptbeteiligten anderer Meinung — und das sind in diesem Falle doch die Pferde selbst...

Im Stall.

Ein Pferd, das zur Arbeit dienen soll, verlangt sorgsamste Pflege und macht Arbeiter oft wirklich zu Anechten ihrer Bedürfnisse und ihrer — Launen. Denn Pferde haben Verstand, der mitunter an den eines Menschen heranragt...

damit ist es noch lange nicht getan — der Händler begehrt von seinen Angestellten, daß sie geradezu Tierärzte sind, sie müssen für Krankheitsfälle Bescheid wissen, müssen tupieren und noch anderes können, was eigentlich Aufgabe eines Chirurgen unter den Tierärzten sein sollte...

Auf der Reise.

Bei einem Transport bis zu acht Pferden kann und „darf“ der Koppelnrechter im Tierwagen schlafen. Ist dieser durch höhere Zahl seiner vierbeinigen Gäste vollgefüllt, dann hält man sich im Packwagen auf, um bei jeder Station sogleich den Wünschen der Pfleger nachzukommen zu können...



Die Arbeit im Stall.

Dieser Angestellten eine fremde Stadt dazu benutzt, um sich einmal göttlich zu tun, ganz abgesehen vom Mangel an Zeit und Freiheit. Das Tier ist Sklave des Menschen, und der Mensch wird wieder sein Sklave, je nachdem natürlich einer das Glück hatte, Herr zu sein, oder vom Schicksal als Knecht geboren wurde...

den einzigen Trost finden kann, darf dann daran denken, daß er Mensch ist, wenn sein Pfleger, das Tier in Menschenform, versorgt ist.

Verdienst.

Der Verkaufspreis der Pferde bewegt sich wieder in den Grenzen der Friedenszeit; der Arbeiter hat nicht annähernd den Verdienst von damals erreicht. Im Durchschnitt stellt sich eine gute Kraft auf fünfundsiebzig Mark, nun kommt aber dazu, daß in dieser Arbeitsart keine Regelmäßigkeit der Entwicklung und kaum eine Abflutung gegeben ist...

Zwei Viertel sind es, die Mittelpunkt des Pferdehandels sind: das „Lugus“-viertel um die Leipziger Straße und die Gegend östlich vom Alexanderplatz. Von fünfhundert Geschäften im Frieden bestehen heute noch zwischen hundert und zweihundert. Dies ist ein Kapitel für sich — aber daß Besitzer und Herzen von einst heute auch Koppelnrechte geworden sind, das gehört hierher und soll zum Nachdenken anregen...

Düstere Fahrt.

Am Steintiner Vorortbahnhof steigt du in den Zug ein, der nach Bernau fährt. Es ist eine Fahrt an Bienen und Kornfeldern vorbei, eine Fahrt durch Sonne und Fruchtbarkeit. Die vierte Station ist Karow, dicht hinter dem Bahnhof liegt die Villenkolonie, saubere, gepflegte Privathäuschen, Gärten voll Obst und Blumen, ganz im Hintergrund zwei dunkelrote Fabriksschornsteine...

Jene zerrutete Stelle ist es, an der man die qualvoll gekrümmte Leiche der kleinen Senta Carti fand. Das Kleidchen zerissen, lag sie gemordet, zertreten im Sand. Ein entsetzliches Grauen zieht durch die Seele. In diesem Gelände, voll Lachen, voll Blüten und Frohsinn mordete jemand ein Kind...

Wer hat das Mädchen gesehen?

Das fürchterliche Verbrechen in Blankenburg, das am Sonnabend voriger Woche entdeckt wurde, ist trotz der eifrigsten Nachforschungen der Kriminalpolizei noch in undurchdringliches...

Schnock.

Ein Roman von See und Sümpfen. Von Svend Fleuron.

Hüte dich, Schnock, jetzt kommt ein Fischer mit Weisheit und Verstand! Er hat Kleider an wie die Federn des Reihers, er hat Stöcke zum Fischen, die mit der Farbe des Himmels bemalt sind — und die Schnur ist grau-grün wie die Stengel der langen Wasserpflanzen.

Er schleicht an dem moorigen, wiegenden Ufer entlang und achtet genau darauf, jegliche Bewegung auf dem Wasser zu vermeiden. Der Hecht ist schon und flüchtig, wachsam und gewandt. Nun nur ein Stengel knack, wenn nur ein Schneckenhaus ins Wasser plumpst, so weiß er, hat das Tier ihn entdeckt...

Ein ganzes Stück hinter ihm kommt der Torfgräber, der strengsten Befehl erhalten hat, nicht ein Wort vernahmen zu lassen und so behutlich und vorsichtig wie möglich aufzutreten. Er hat die Hinte in Bereitschaft, voller Bedenken durch alle die Geschichten, die man ihm vom „Lindwurm“ erzählt hat!

Bald fällt ihm ein, daß Sidle Anders Tochter ihn gesehen. Sie war dabei, die Kühe zur Tränke zu führen, als er in einem Spritzer aus der Tiefe schoß und sich schüttelte wie ein Hund. Sie hatte deutlich die Schuppen in seiner Nähe raseln hören!

Und Die Hjulmann! ... Was für ein Kopf hat er erzählt, ja, so groß wie der eines Kalbes, und die Haut an den Mundwinkeln schlug große, dicke Falten! Von den Augen hat er berichtet, daß sie gelb seien wie die eines Hasen!

Die wählte der Totengräber dem Zeitungsmann schon „steden“.

In diesem Moment erklingt ein Warnungspfeif — das Zeichen des Redakteurs für ihn, stehenzubleiben, wo er gerade...

stand, und nicht durch sein plötzliches Erscheinen etwaige Chancen zu zerstören.

Ein elektrischer Schlag ist durch den Sonntagssicher gefahren ... er steht einen Augenblick lang wie versteinert, in erwartungsvoller Spannung.

Er hat einen Ruck gespürt — und mit geknickter Stange rollt er sehr behutlich und vorsichtig reichlich Seide vom Rädchen.

Der Hecht hat gebissen — das glaubt er bestimmt! Aber er wartet von Minute zu Minute, ohne daß die Beine sich im geringsten rühren.

Ah, der Haken hat sich festgehängt. Sein bester, stärkster Fischföder, unter Hunderten ausgewählt mit eben dieser Tour im Auge! Vergebens versucht er jeden Kunstgriff, er kann ihn nicht freibekommen; er wird das Fischen aufstecken und die Schnur preisgeben müssen.

Es ist eine peinliche Geschichte! Die Leute haben böse Zungen ... und der Totengräber dort hinter ihm — nein, das fehlte auch noch! Die Reife hier heraus in der erstickenden Hitze hat ihn außerdem schon lange zu einem Bade verlockt — entschlossen wirft er die Kleider ab und steigt in die Wanne.

Er schwimmt am Rande des Röhrichts entlang, wo etwas freies Wasser steht, als er mit einem Male einen Griff um sein linkes Bein fühlt. Es ist, als ob eine Gartenschere plötzlich zuschnappt!

Unwillkürlich beginnt er zu rufen und um sich zu schlagen; aber im nächsten Augenblick wird er vom Ufer weg und in das tiefere Wasser gezogen.

Er spürt, wie die Zähne des Angeheuers immer tiefer in das Bein eindringen und ist nahe daran, die Besinnung zu verlieren, während er noch laut um Hilfe ruft.

In größter Eile springt der Torfgräber herbei und kommt gerade zur rechten Zeit, um die Umrisse eines langen, schwarzen Schattens aufzufangen, der unter dem Wasser wirtschafte. Auf gut Glück läßt er beide Schüsse auf ihn los...

Gleichzeitig schreit der Redakteur noch fürchterlicher auf und erhebt sich aus dem Wasser: eine kalte, scharfe Schneide wie von einem Messer streift seinen Magen, während Schnock, aufgeschreckt durch die Schüsse, unter ihm hinweg verschwindet.

Anderer Torfgräber kommen dazu, und man zieht den Unglücklichen herauf. Das Blut schießt in mehreren Strahlen aus seinem Fuße hervor; doch ein Knecht bindet das Bein mit seinem Hofenriemen ab. Man telephoniert nach einem Arzt und holt einen Wagen, auf dem der Redakteur heimgefahren wird.

Der Biß war ernsthaft; der Arzt mußte die Wunde auswaschen und verbinden. Auf der Außenseite des Gelenkes sah man die tiefen Spuren von Schnocks Oberzähnen: In Zwischenräumen von mehr als Handbreite stand in zwei Reihen Wunde bei Wunde bis tief hinein ins Fleisch; deutlich konnte man den Biß der beiden Kieferhälften eines großen Tieres feststellen.

Der Weisheitspruch des Drakels, Schnock würde beim Redakteur anbeißen, war somit wahrlich in Erfüllung gegangen!

Dieses Geschick hauchte Leben in alle Geschichten der Gegend vom losgerissenen Krotobil, dem Lindwurm oder Drachen, der noch immer im Schwarzmoor hauste.

Man mußte das Angeheuer aus der Welt schaffen. Vieh und Pferde waren seit langem nicht mehr sicher gewesen, wenn sie zu den Schwämmen getrieben wurden — und nun überfiel es gar badende Leute!

Was für ein Tier war es? Man verlangte auf das Bestimmteste, der Gemeinderat solle die Sache aufklären.

Verschiedene Sumpflöcher wurden künstlich trockengelegt, aber es waren die falschen. In anderen zog man Waten mit einem Gelpann für jeden Arm. Schnock war mehrmals nahe daran gewesen, gefangen zu werden; sie rettete sich dadurch, daß sie sich in den Morast eingrub und die Wate über sich hinwegschleppen ließ.

Dann machte man sich daran, das ganze Moor trocken zu legen; man setzte die alten Windmühlen aus der Zeit des Torfstechens in Gang, ließ alle Spindeln schnurren und mahlte das Wasser des einen großen Lämpels in den anderen hinüber.

(Fortsetzung folgt.)

Schön ist das BADELEBEN!

Von Ernst Preczang.

Schön ist das BADELEBEN!

Strahlende Sonne; blaue Flut; weiße, schimmernde Segel. Helle, lustige Kleider; lachende, blinkende Augen. Und Musik. Gute, vornehme Musik mit einem berühmten Kapellmeister.

Fröhliche Weisen wecken den Rurgast am Morgen. Was reiche Leute halt so „Morgen“ nennen. Man schlürft seinen Kaffee auf der Terrasse des Kurhauses, blickt auf das leuchtende Meer hinaus und lauscht der Musik, die das Leben als ein herrliches preist. Man wandert zum Strande hinunter, küßt seine Haut in den perlenden, schäumenden Wellen und fühlt alle Lebensgeister zu neuem, freudigem Kraftbewußtsein erwachen. Elastischer als vorher promenierte man am Strande dahin. Hübsche Kinder, halbnaakt, schaukeln, buddeln im Sande, bauen Burgen und plätschern lachend und jauchzend in dem seichten Wasser. Hübsche Frauen lehnen in den Strandkörben und schauen in träumerischer Ruhe über die blaue, blühende Unendlichkeit des Meeres hinweg.

Musik zum Mittag; Musik zum Nachmittagskaffee; Musik am Abend, wenn wieder Teller und Gläser klappern und farbige Lampen in Restaurants und Gärten aufleuchten. Gespläuber und Lachen an den Ufern. Ein Strom wandernder Menschen in den Gängen. Kauschende Seide. Wogende Bufen. Lodende Blicke. Rässige Ruhe. Nur die Kellner eilen. Von einem Tisch zum anderen. Nach dem Büfett, nach der Küche. Denn die Seeluft macht Appetit. Auf ihren Stirnen stehen große Tropfen, Hals und Gesicht glänzen vor Schweiß. Und sie jagen hin und her, her und hin. Unermüdet. Vom Morgen bis in die Nacht hinein. Sie dürfen nicht müde werden. Dürfen ihre brennende Haut nicht im Meere fühlen. Erst wenn die Lichter erloschen sind und die See schwarz daliegt und ihre regelmäßiges Atmen in das Dunkel schickt, steigen die Gekosteten empor zum heißen Dachgeschoß und sinken auf Bett. Nur aus der Bar klingen noch gedämpfte Geigenklänge heraus. Schön ist das BADELEBEN!

Schön ist das BADELEBEN!

Hoch oben am Meeresufer liegt die Sommervilla in einem schattigen Park. Unten singen friedlich die Wellen. Segelboote und Dampfer mit langen Rauchfahnen gleiten auf der sonnigen Flut dahin. Wie heiter ist das Haus. Jetzt! Im Winter freilich lag es tot da, umbraut von eisigen Stürmen, die über das glühende Wasser kamen. Die Herrschaft war natürlich fern. Aber sie hat einen Verwalter hier. Der wohnt in einer verputzten Ecke des Parks in einem kleinen, engen Hause. Er hat im Winter den Schnee von den Balkons der Villa geschaukelt, hat immer wieder Türen und Fenster gesichert, hat im Frühjahr Bäume und Hecken beschnitten, hat Blumen gepflanzt und den Rosen gepflegt. Aber sein Haus wollen sie nicht sehen. Die in der Villa kommen doch zur Erholung hierher und lassen alles daheim, was an Arbeit erinnert. Nur die Köchin natürlich und die anderen Hilfskräfte des Hauses, die müssen ja mit. Und die freuen sich. Denn es ist schön, in einer Villa dicht am Meer zu wohnen, sogar in einer Bodenkammer. Schön, ins Bad zu steigen, wenn auch zu besonderer Stunde, die für Dienstboten angelegt ist. Denn es geht natürlich nicht an, daß Herrschaft und Personal zu gleicher Zeit baden. Zwar der See ist es gleichgültig. Die fragt nicht danach. Sie ist plebejisch und demokratisch und umspült alle mit gleicher Liebe.

„Gnädige Frau,“ sagt am Nachmittag die Anna, „die Arbeit ist fertig. Darf ich baden gehen?“ Es ist ein freudiger Klang in ihrer Stimme. „Baden, Anna, baden? Ja, haben Sie denn die Strümpfe vergessen?“ „Strümpfe?“

„Ja. Wir haben doch einen ganzen Sack voll zum Ausbessern mitgenommen. Wenn Sie damit fertig sind, hätte ich natürlich nichts dagegen, daß Sie baden gehen, aber bis dahin . . .“

Und Anna senkt den Kopf, geht in das kleine Hinterzimmer und nimmt sich die Strümpfe vor. Sie rechnet. Und rechnet aus, daß sie mit diesem Sack voll löcheriger Strümpfe ungefähr fertig sein kann, wenn es wieder nach Hause geht. „Bande!“ sagt sie laut. „Bande!“ Weiter nichts. Und beginnt zu stopfen. Schön ist das BADELEBEN!

Schön ist das BADELEBEN!

Am allerhöchsten aber ist es im Familienbade, wo Papa, Mama, die Töchter und „Bubi“ sich gemeinsam tummeln. Wo schöne und minder schöne Damen ihre Ketze entlocken und ihre Badetoiletten spazieren tragen. Wo ein Vachon und Vauchon und

Pantschen ohne Ende ist. — Auf einer offenen Galerie sitzt die Musik und spielt. Spielt fröhliche Weisen in den Lärm hinein. Ein Restaurant ist auch da. Da kannst du Bier und Wein, Kaviar, Kustern und Sekt haben, wenn es dich geflüstet und du es bezahlen kannst. Keine Sorge! Die hierher kommen, können es. Nur neulich — — — Da, neulich ist doch einer gekommen, der konnte es nicht. Der war so arm, daß er nicht einmal das Eintrittsgeld zahlte, sondern von der offenen See hereintam, was eigentlich verboten ist.

Mussolini und Horthy.



„So 'n kleines Mördchen, und unter guten Freunden, wie sich das von selbst versteht. — — — Tot der Eine, und Der Andre bleibt lebendig! Alles ganz Natürlich; beim gemeinen Volk indes muß man das bestrafen.“
(Quelle: „Don Juan und Faust“)

Aber er kam doch. Ganz plötzlich. Urpötzlich war er mitten unter ihnen. Mitten unter den feinen, reizenden Damen, den behäbigen Männern, den hübschen Kindern. Mitten unter dem Lachen und Vauchon und Pantschen, unter dem Tafeln, Trinken und Musikieren. Eine Welle trug ihn herein. Eine mitleidige Welle. Auf ihrem blinkenden weißen Rücken hatte sie ihn genommen und trug ihn leicht, ganz leicht herein, wiegte und schaukelte ihn in ihren weichen Armen zur Wolzermelodie da oben. Aber als die anderen sein blaßes Antlitz sahen, das in den sonnigen blauen Himmel stierte, da erblickten sie. Die Kinder schrien auf; Damen waten der Ohnmacht nahe, und die Männer standen wie erstarrt. Und andere suchten mit den Armen in der Luft herum und brüllten: „Musik aufhören! Musik aufhören!“ Aber sie verstand es nicht und spielte ihren Walzer weiter, bis die Bodemeister ins Wasser sprangen, den Eindringling herausholten und auf den Sand legten. Da verstumte die Musik. Und während sich die Gäste mit blaßem Antlitz um ihn drängten, beugte sich ein badender Arzt nieder und sagte: „Tot!“ „Wer ist es?“ fragte eine küstende Stimme. Man unter-

suchte die Taschen des abgetragenen Anzuges. Nur ein kleiner Zettel war darin. Einer las ihn mit halblauter Stimme vor. „Ich finde keine Arbeit und habe seit drei Tagen nichts gegessen.“ Weiter nichts. Kein Name, keine Adresse. Einige Damen weinten leise. Die Badedirektor warfen ein Laten über die Leiche und trugen sie fort. Und ein Herr sagte entrüstet: „Man sollte ein Bitter um den Badeplatz ziehen, so etwas dürfte nicht vorkommen!“ Rein, so etwas dürfte nicht vorkommen. Aber die Musik spielt schon wieder. Einige Kinder lachen schon wieder. Kognaks werden herumgereicht. Die Stimmung hebt sich. Schön ist das BADELEBEN!

Wie man neue Elemente entdeckt.

Zwei neue Elemente „Radium“ und „Rhenium“, die nach dem Rosureland und nach dem Rheinflusse benannt worden sind, sind soeben von zwei deutschen Gelehrten, nämlich dem Regierungsrat Dr. Walter Radda von der physikalisch-technischen Reichsanstalt und von Fräulein Dr. Ida Lade mit Hilfe von Dr. Otto Bergs entdeckt worden. Die Wissenschaft kennt nunmehr von den 92 feststehenden Elementen 89, während 3 Elemente noch unbekannt sind. Die Entdeckung der Elemente erfolgte auf röntgenspektroskopischem Wege, da sie in so geringem Maße vorkommen, daß nur diese Art der Feststellung neben der chemischen möglich war. Wie geht nun eine derartige Entdeckung auf röntgenspektroskopischem Wege vor? Es wird interessant sein, darüber näheres zu erfahren, da schon vor kurzer Zeit das neue Element „Hafnium“ durch Hevesy und Costa auf demselben Wege festgestellt wurde.

Es ist wohl jedem bekannt, was Spektralanalyse oder Spektroskop ist: Ein Bündel weißer Sonnenstrahlen wird durch ein Prisma in seine farbigen Bestandteile zerlegt, in das sogenannte prismatische Spektrum. Diese Spektralanalyse hat aber bei all ihrer ungeheuren Bedeutung für unsere Kenntnisse der Materie doch den Fehler, daß sie nicht tief genug in ihr Inneres eindringt. Es hat sich gezeigt, daß es neben dem gewöhnlichen oder sichtbaren Spektrum eine andere Art von Spektren gibt, die in dieser Hinsicht ungleich mehr leisten — die Röntgenspektren. Wenn man in einer zugeschmolzenen Glasröhre, welche ein sehr verdünntes Gas enthält, die an geeigneten Stellen eingeschmolzenen Platindrähte (Elektroden) mit den Polen eines Induktors verbindet, so gehen von der Kathode negativ geladene Teilchen aus, die sogenannten Kathodenstrahlen. Röhrt man die letzteren auf einem Metallblech, der sogenannten Antikathode, aufschlagen, so entstehen die Röntgenstrahlen. Es war die hervorragende Leistung des deutschen Physikers v. Laue, welcher die Wellennatur der Röntgenstrahlen entdeckt hat. Er hat bewiesen, daß die Röntgenstrahlen dieselbe Natur haben, wie das gewöhnliche Licht und denselben physikalischen Grundgesetzen unterliegen. Aber die Wellenlänge dieser Strahlen ist bedeutend kleiner als die kleinsten bisher bekannten Wellenlängen in Ultraviolett. Man mißt die Strahlen durch ihre Wellenlänge, welche der von der Ketherwelle während einer Schwingungsperiode durchlaufene Raum ist. Wir haben schon früher erwähnt, daß ein zusammengefügtes Licht durch ein Prisma in seine Bestandteile zerlegt werden kann. Dasselbe kann durch ein Gitter erreicht werden, das heißt durch ein System von feinen, parallel in Entfernung von Laufendstel von Millimetern auf Flächen von Glas oder Metall eingerichteten Linien. Wenn wir in Betracht ziehen, daß die Wellenlänge des sichtbaren Lichtes von 0,00007 Zentimeter von äußerst rot bis 0,000035 Zentimeter äußerst blau bemessen wird, so ist die Größe der kurzwelligen Röntgenstrahlen nur 0,07 Angströmeinheiten (eine Angströmeinheit gleich 0,0000001 Zentimeter).

Um ein „weißes“ Röntgenlicht, welches aus Wellen von verschiedener Länge besteht, durch ein Gitter zu zerlegen, müssen wir ein Gitter haben, dessen Gitterabstände in derselben Größe liegen wie annähernd die Wellenlänge der Röntgenstrahlen. Solche Gitter sind aber von Menschenhand nicht mehr herstellbar. Auch ein Verdienst von Laue war die Feststellung, daß Kristalle als Beugungsgitter wirken können. Durch Beugung eines Röntgenstrahles an einem solchen Kristallgitter erzielt man dasselbe wie durch Abbeugung eines Lichtstrahles an einem Glasprisma. Dadurch ist die Zerlegung der Röntgenstrahlen gegeben, und wir haben auch hier, wie beim sichtbaren Licht, zwischen dem kontinuierlichen und Linienpektrum der Röntgenstrahlen zu unterscheiden. Wie stark beide hervortreten, hängt lediglich von äußeren Bedingungen, unter welchen die Röntgenstrahlen erzeugt werden, ab. Uns interessieren mehr die Linienpektren. Ein jedes chemische Element kann bei einer bestimmten Betriebsspannung der Röhre ein nur wenige Linien enthaltendes sehr einfaches Spektrum ausstrahlen, welches durch die photographische Platte nachweisbar und sichtbar gemacht werden kann. — Die Röntgenspekttralanalyse, welche mit dem Namen des norwegischen Forschers Siegbahn verknüpft ist, gestattet noch den leichtesten und schnellsten Nachweis von ähnlichen ganz geringen Verunreinigungen des Antikathodenmaterials, soweit sie 1/10 bis 1/100 Proz. nicht unterschreiten.

Hausbrennerei.

Von Anders Thuborg.

(Schluß.)

Klein Jens sah auf das Geld in seiner Hand und von da zu zu dem Manne im Wagen hinaus. Es schien, als ob das ihn in Versuchung führte, aber nein: „Ich traue mich nicht!“

Aber wenn weiter nichts im Wege war, so wußte der Landrichter Rat. Er vergrößerte nur die Versuchung. „Hier hast Du einen Taler, den Du selbst behalten darfst — aber nun mußt Du mir auch erzählen, wo Thomas Westergaard seine Brannweininstrumente verbirgt.“

Es war schwer, dem zweiten Taler gegenüber fest zu bleiben. Klein Jens wand sich, es dauerte lange, bis er zu einem Entschluß kam.

„Ich traue mich doch nicht,“ sagte er. „Denn wenn sie erfahren, daß ich es gelagt habe, dann frage ich Prügel.“

„Erfahren, das sollen sie, weiß Gott, nicht erfahren. Wir werden schon nicht verraten, wer es uns erzählt hat, da kannst Du ganz ruhig sein.“

Klein Jens war geneigt, auf diese Uebereinkunft einzugehen.

„Ja heraus damit,“ sagte der Landrichter. „Wo liegen Thomas Westergaards Brannweininstrumente?“

Rux war ja die Sache da, daß Klein Jens nichts ganz Sicheres wußte.

„Nein, nein, natürlich nicht,“ sagte der Landrichter.

Und die beiden Herren sahen sich an. Klein Jens konnte nur sagen, daß er gesehen hatte, wie Thomas Westergaard und der Knecht etwas zwischen zwei Hügeln eingegraben hatten, die man da im Osten auf dem Felde sah. Mehr konnte Klein Jens nicht sagen, und sie sollten ihm versprechen, daß sie nichts verrieten, daß er das gesagt hatte. . . Mit dieser Auskunft fuhren der Landrichter und sein Schreiber weiter. Als sie zum Hof kamen, sah Johannes, der Knecht, friedlich da und wand Schüre. Der Missethater, Andreas, war in seine Antenteilstube hinübergetrückt. Und Thomas Westergaard stand

im Flur und schmierte das Schloß an einer alten Jagdbüchse. Nichts Verdächtiges war zu entdecken. Niemand konnte sich friedlicher beschäftigen als die beiden.

Uebrigens wollte der Landrichter durchaus nicht Haus oder Hof oder ähnliches untersuchen. Er fragte Thomas Westergaard nur, ob er Brannwein machte. Und als das verneint wurde, wünschte er nichts weiter.

„So, also nicht,“ sagte er bloß, und sah ihn an.

Rein, für den Hof interessierte sich der Landrichter nicht. Dagegen möchte er gern eine kleine Tour über Feld machen, es war da etwas auf dem stiftlichen Teil, das er gern untersuchen wollte. . . Als er das sagte, sah er wieder Thomas an, aber der verzog keine Miene.

Ob jemand etwas dagegen hatte, daß der Landrichter das Land untersuchte?

Rein, durchaus nicht.

Marianne verschwand in der Küche, um eventuellen Fragen aus dem Wege zu gehen.

Aber der Landrichter sollte einen Mann mithaben . . .

Ob vielleicht Johannes mit einer Schaufel mitgehen könne? Es sollte ja etwas gegraben werden. . .

Ja, ja.

Der Landrichter, der Schreiber und Johannes stolperten ostwärts auf die Hügel zu. Sie gingen durch ausgeweichte Pflügerde, Lehm und Schlamm, daß das Wasser ihnen oben in die Stiefel lief. Der einzige, der leidlich vorwärts kam, war Johannes, dessen Holzschuhe hatten hohe Schäfte.

Als sie zu den Hügeln kamen, fand der Landrichter richtig eine Stelle, an der sichtlich vor kurzem gegraben worden war. . .

Er beobachtete den Knecht, ob er irgendwelche Unruhe an ihm entdecken konnte.

Aber Johannes hatte eines von jenen Gesichtern, die sich nie verändern — was auch geschehen mag, die Erde konnte vergehen und der Himmel Weulen bekommen, ohne daß er mit der Wimper zuckte. Er begann getrost zu graben, wo der Landrichter es ihm befohlen hatte. Er fragte nicht einmal nach dem Zweck des Unternehmens.

Ra, man würde ja schon sehen! Der Landrichter war sehr gespannt, was geschehen würde.

Es begann zu regnen, die Erde rutschte nach, wenn Johannes ein Stück weit hinuntergelangte, er mußte ein ziemlich großes Loch graben, um überhaupt in die Tiefe zu gelangen. Wie es schien, waren die Werkzeuge gut verwahrt. Es verging erst eine, dann die zweite Stunde.

Keiner sprach.

Der Landrichter und der Schreiber, die nasse Füße hatten, wurden nun am ganzen Leibe naß. Der Regen drang durch ihre dünnen Mäntel.

Schließlich geschah etwas. Unten in dem Loch kam etwas zum Vorschein, Johannes war mit der Schaufel daran gefaßt und konnte nicht weiter hinunterkommen, ein unangenehmer Gestank verbreitete sich nach oben, man konnte etwas Nöckliches wie Haut in dem Lehm ausfragen sehen.

„Was das nur ist?“

„Ja! was ist das?“

„Das ist eine Kuh.“

„Eine Kuh?“

„Ja . . . vor zwei Tagen haben wir sie hier eingegraben . . .“

hatte Tuberkeln, daran starb sie.“

„Ja aber?“

„Was?“

„Wußten Sie denn nicht, daß hier eine Kuh begraben lag?“

„Ja . . . ich hab sie ja selbst eingegraben.“

„Ja, aber warum sagten Sie denn das nicht, Mann!“

„Ja . . . der Herr Landrichter hatten mich ja nicht gefragt.“

Als der Landrichter und der Schreiber wieder weg waren, holten Thomas Westergaard und Johannes, der Knecht, schleunigst die Brannweininstrumenten wieder hervor ans Licht des Tages.

„Das verdamnte Zeug,“ sagte Marianne.

„Ja, aber das schmeckt verdammt gut,“ sagte der Missethater Andreas, der Beobachtungsposten.

Die Konkordatsdebatte im Reichstag.

Gen. Saenger begründet die sozialdemokratische Interpellation. — Staatsrechtliche Bedenken der Demokraten und der Volkspartei. — Die Deutschnationalen weichen aus.

Der Reichstag nahm gestern zunächst ohne Debatte in allen drei Lesungen einen Gesetzentwurf über die Hinausschiebung der Vermögenssteuervorauszahlung an. Danach wird die Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer, die am 15. Mai fällig war, bis zum 15. August 1925 ausgesetzt.

Nachdem Staatssekretär Zweigert mitgeteilt hat, daß Innenminister Schiele infolge einer Fußverletzung nicht an den Verhandlungen teilnehmen könne und ihn der Staatssekretär, mit seiner Vertretung beauftragt habe, tritt das Haus in die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation ein, die sich gegen das bayerische Konkordat wendet und in dem Konkordat eine Verletzung der Reichsverfassung erblickt.

Abgeordneter Saenger (Soz.):

Die bayerische Regierung hat dem Landtage ein Mantelgesetz samt einem Konkordat der katholischen Kirche vorgelegt, das am 18. Januar vom Bayerischen Landtag angenommen wurde und am 27. Januar in Kraft getreten ist. In unserer Interpellation weisen wir darauf hin, daß die Reichsverfassung in mehrfacher Beziehung verletzt worden ist und fragen, was die Reichsregierung dagegen zu tun gedenkt. Die Annahme, daß wir uns von Haß gegen die katholische Kirche leiten ließen, ist nicht richtig. Wir beabsichtigen nicht im geringsten einen Kampf gegen die Kirche oder eine Verletzung des religiösen Gefühls. Der Redner führt mehrere Äußerungen hervorragender Mitglieder der katholischen Kirche an, in denen bestätigt wird, daß gerade in den Ländern mit republikanischen Verfassungen sich die katholische Kirche der notwendigen Bewegungsfreiheit erfreue. In dem kaiserlichen Deutschland war das anders. Hier ist die katholische Kirche, wie der Redner aus Äußerungen prominenter Persönlichkeiten nachweist, als der größte Feind des Staates und als ein demoralisierendes Institut bezeichnet worden. Noch im Januar dieses Jahres hat der deutschnationale General Bronsart v. Schellendorf behauptet, das römische Papsttum unterhöble schon seit den Hohenzollern die deutsche Macht. Diesen impulsiven Äußerungen entspricht auch der rechtliche Stand der katholischen Kirche in der Kaiserzeit. Es gab zahlreiche landesrechtliche Verbote, die katholischen Geistlichen befanden sich in einer Zwangsstellung, der preussische König hatte gegen die Ernennung katholischer Bischöfe ein Vetorecht. Zahlreiche Redner der Zentrumspartei haben oft und in beweglichen Worten über die Unterdrückung des katholischen Glaubens und ihrer Kirche im Kaiserreich geklagt. Unter der republikanischen Verfassung besitzt die katholische Kirche weit mehr Selbständigkeit als früher. So hat ihr in Sachsen erst die Revolution Bewegungsfreiheit geschafft. Diese geschichtlichen Tatsachen sind durch die Ausführungen der Vertreter der Zentrumspartei oft genug bestätigt worden. Wenn wir also das bayerische Konkordat ablehnen, so geschieht es

nicht, weil wir religionsfeindlich sind und die Bewegungsfreiheit einengen wollen, sondern weil das Konkordat Glaubens- und Schulfragen vermag, weil es in vielfacher Beziehung in die Reichsverfassung eingreift und sie verletzt.

Dem Reichstag steht das Recht zur Prüfung des bayerischen Konkordats zu. Nach dem Artikel 13 der Reichsverfassung bricht Reichsrecht Landesrecht. Dieser Grundsatz hat auch dann zu gelten, wenn ein Abkommen Bayerns bayerisches Landesrecht geworden ist. Auch völkerrechtlich gilt jedes Abkommen nur dann, wenn es nicht gegen die Verfassung verstößt. Nach Artikel 78 Absatz 2 der Reichsverfassung können die Länder solche Angelegenheiten, die der gesetzlichen Regelung des Landes unterstehen, selbst mit dem Auslande erledigen, aber ihre Abmachungen sind an die Zustimmung des Reiches gebunden. Ob der Artikel 13 verletzt ist, ist eine Rechtsfrage, die durch das Reichsgericht zu entscheiden ist.

Ist nicht nunmehr die Anfrage an die Regierung: Wird sie von diesem Artikel Gebrauch machen und das Reichsgericht anrufen? Wenn nicht, welche Gründe hat sie, das nicht zu tun?

Der Reichstag hat insbesondere darüber zu wachen, ob das Reichsrecht verletzt worden ist, da die Gesetzgebung von uns ausgeht. Eine andere Frage ist, welcher Rechtscharakter wird dem bayerischen Konkordat zugewiesen? Es besteht ein Streit darüber, ob Abkommen mit dem römisch-katholischen Stuhl nur einen moralischen Charakter haben und nicht völkerrechtlich gebunden sind, weil der päpstliche Stuhl nicht ein Staat im Sinne des Völkerrechts ist. Wer sich auf diesen Standpunkt stellt, für den kommt also die Genehmigungspflicht durch das Reich nicht in Frage. Wenn man sich aber auf den andern Standpunkt stellt, daß es sich um einen Quasi-Völkerrechtsvertrag handelt, dann muß man die Genehmigung des Reiches herbeiführen. Ich frage nunmehr die Regierung, ist die förmliche Genehmigung nachgesucht worden, war das Schreiben der bayerischen Regierung nur eine Höflichkeitsschleife und schließlich wie weit ist und welchen Inhalt hat das kommende Konkordat? Es besteht die außerordentliche Gefahr, daß nach bewährter bayerischer Methode das Reich vor eine vollendete Tatsache gestellt worden ist. Schließt das Reich ein Konkordat, das in wesentlichen Punkten von dem bayerischen Konkordat abweicht, dann wird die föderalistische Seele toten, nach dem Grundsatz, vom Reiche alles zu verlangen, aber dem Reiche nichts zu geben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Redner weist im einzelnen nach, gegen welche Bestimmungen der Reichsverfassung das bayerische Konkordat verstößt. Im Artikel 10 des bayerischen Konkordats sind die Grundsätze niedergelegt, nach denen die Abfassungen der Staatsleistungen erfolgen soll. Nach Artikel 138 Absatz 1 der Reichsverfassung bestimmt aber das Reich die Grundsätze für die Abfassungen der Leistungen an die Religionsgesellschaften. Der Artikel 6 des bayerischen Konkordats verletzt die Artikel 146 und 174 der Reichsverfassung, in denen das Schulwesen geregelt ist. Selbst der ehemalige Reichskanzler Marx hat ausgeführt, daß es bei den bestehenden Verhältnissen in den Ländern bleiben solle, bis das Reichsschulgesetz erlassen ist. Andere Bestimmungen des bayerischen Konkordats verstoßen gegen das Reichsrecht in Sachen der Geschäftsleitung und greifen in das Leben der deutschen Hochschulen ein.

So wird dem bayerischen Staat die Verpflichtung auferlegt, für die philosophischen Fakultäten der Universitäten München und Würzburg mindestens je einen Professor der Geschichte, in dessen katholische Gesinnung kein Zweifel gesetzt werden kann, anzustellen. (Hört, hört!) Der bayerische Staat ist auch verpflichtet, als kirchliche Oberherren Ausländer anzuerkennen.

In der Abwehr dieser Bestimmungen hätte mancher Universitätsprofessor, der sich sonst in Beschimpfungen des verstorbenen Reichspräsidenten nicht genug tun konnte, hier, wo es sich um die Freiheit der Wissenschaft handelt, seinen Mut zeigen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das bayerische Konkordat greift auch in das deutsche Schulrecht ein. Die deutsche Schule ist niemals Kirchenschule, aber hier wird der bayerische Staat verpflichtet,

die Ausbildung der Lehrer in einer Weise vorzunehmen, die dem Geiste des katholischen Glaubens entspricht. Das steht im Widerspruch zur Reichsverfassung. (Nach Befragen des Hauses wird dem Redner die Redezeit um weitere 15 Minuten verlängert.)

Der kulturelle Rückschritt in diesen Bestimmungen ergibt sich aus einem geschichtlichen Rückblick. Die Kurfürsten und Könige sind niemals so weit gegangen wie der heutige Freistaat. Die Sozialdemokratie bekämpft das Konkordat nicht mit der Begründung des verletzten Rechts, sondern aus kulturpolitischen Gründen. Im alten Konkordat von 1817 ist die Rede von der Unveräußerlichkeit des Staatsrechtes; heute weiß man nichts mehr davon. Vor mehr als hundert Jahren sprach Graf Montgelas davon, Schulsache ist Staatsache, auch davon findet man heute nichts mehr.

Schule und Universität sind Anstalten des Staats, Trennung von Kirche und Staat ist ein geschriebener und ungeschriebener Grundsatz der republikanischen Verfassung. Wir Sozialdemokraten sind der Ansicht, daß der Inhalt des Lebens ist, seine Pflicht zu tun, und daß diese Pflicht mit oder ohne konfessionelle Schule geübt werden kann und geübt werden wird. Der Reichsminister Schiele hat viel von der Einheit des Reiches gesprochen, ich möchte wünschen, daß diesen Worten Taten folgen. Die Geschichte wird später einmal die Männer loben, die die Einheit des Reiches bewahrt haben, und weil wir an die Einheit des Reiches glauben, darum bekämpfen wir das Konkordat, zwar mit der gebührenden Hochachtung vor dem religiösen Glauben Andersdenkender, aber doch grundsätzlich. Deshalb begrüßen wir alle, die mit uns Sozialdemokraten für das größte Gut unserer Nation kämpfen wollen, für eine freie deutsche Schule in der freien deutschen Nation. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Zweigert

weist in seiner Beantwortung der Interpellation darauf hin, daß das bayerische Konkordat seit der Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse der erste Fall sei, daß ein Land seine Beziehungen zur Kirche im Wege eines Übereinkommens geregelt habe. Die Trennung von Staat und Kirche sei für die großen Religionsgemeinschaften in der Reichsverfassung nicht durchgeführt worden. Die Kirchengemeinschaften hätten vielmehr die Stellung von „öffentlich-rechtlichen Körperschaften“. Die bayerische Staatsregierung habe, entsprechend einer früheren Zusage, das Konkordat vor seiner Unterzeichnung der Reichsregierung vorgelegt. Der damalige Reichskanzler habe nach Prüfung der Vorlage im Einverständnis mit dem damaligen Innen- und Justizministerium und namens der Reichsregierung erklärt, daß gegen den Entwurf des Konkordats auf Grund der Reichsverfassung Einwendungen nicht erhoben werden können. (Hört, hört! links.) Es handele sich bei dem Konkordat auch nicht um einen Verstoß gegen Artikel 78 der Reichsverfassung, der den Vertragsabschluss mit auswärtigen Staaten dem Reiche vorbehalten. Der päpstliche Stuhl sei kein auswärtiger Staat im Sinne dieses Artikels. (Zustimmung rechts.)

Der Regierungssprecher weist dann noch darauf hin, daß in den bayerischen Verträgen der evangelischen Kirche die gleichen Rechte zugewilligt seien wie der katholischen.

Abg. Wallraf (Dnat.) erklärt, man müsse zugeben, daß zurzeit die konfessionellen Gegensätze von Tag zu Tag stärker werden. Es sei Pflicht aller, diese Differenzen rechtzeitig auszugleichen.

Namens der Deutschnationalen erklärt der Redner, daß in dem Konkordat eine Verletzung der Reichsverfassung nicht erblickt werden könne.

Die Deutschnationalen würden sich daher an der Debatte der Interpellation nicht beteiligen; sie erwarten, daß baldmöglichst Konkordatsverhandlungen des Reiches im Geiste der Parität gegenüber beiden christlichen Bekenntnissen eingeleitet werden zur Aufrechterhaltung und Stärkung des konfessionellen Friedens. (Beifall rechts.)

Das Zentrum für das Konkordat.

Namens des Zentrums gibt Abg. Dr. Bess eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Zur Förderung des Reichsgedankens und zum Schutze der Reichsverfassung ist es von wesentlicher Bedeutung, daß die den Ländern verbleibenden Rechte nicht angegriffen werden und daß jeder Eingriff in deren Zuständigkeit sorgsam verhütet wird. Das gilt insbesondere von Bayern. Dadurch können Reichsinteressen und Reichstreue nur gewinnen. Dabei soll der Gedanke aber nicht zurückgestellt werden, daß es Pflicht der Reichsregierung ist, darüber zu wachen, daß durch Maßnahmen der Länder die Interessen des Reiches nicht verletzt und die verfassungsrechtlichen Zuständigkeitsgrenzen nicht überschritten werden. Diese Verpflichtung hat die Reichsregierung auch bei dem bayerischen Konkordat erfüllt. Das zuständige Reichsministerium ist zur Beachtung der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit und der Zulässigkeit des Konkordats gelangt. Wir haben keinen Anlaß, dieses Ergebnis in Zweifel zu ziehen. Die Auffassung der Interpellanten, daß es gegen Recht und Verfassung verstoße, daß Lehrer, die grundsätzlich die Erteilung von Religionsunterricht ablehnen, von den konfessionellen Schulen ausgeschaltet werden können, müssen wir zurückweisen. In der Verfassung ist nämlich in bezug auf die Bekenntnisschule der Schwerpunkt auf den Willen der Erziehungsberechtigten gelegt, und die Bekenntnisschule ist dort fest verankert. Die Erziehungsberechtigten haben verfassungsrechtlichen Anspruch darauf, daß von den Lehrern der Unterricht im Geiste des Bekenntnisses erteilt wird. Diese Gewähr ist aber nicht gegeben bei Lehrern, die grundsätzlich keinen Religionsunterricht erteilen wollen. Dabei soll in die verfassungsrechtliche geschützte Gewissensfreiheit keinesfalls eingegriffen werden, jedoch Lehrer, die die Erteilung des Religionsunterrichts nur aus anzuerkennenden Gründen, nicht grundsätzlich, ablehnen, von der Ausschließung nicht betroffen werden. Wer als Lehrer an der Bekenntnisschule angestellt werden will, muß sich dazu verstehen, im Geiste des Bekenntnisses den Unterricht zu erteilen. Man vertritt vollständig die Grundbegriffe wahrer und edler Toleranz, wenn man die entgegengeleiteten Anschauungen zu Angriffen gegen das bayerische Konkordat auszuwerten sucht. Wir begrüßen das Konkordat und weisen die Angriffe hiergegen zurück. (Zustimmung und Beifall im Zentrum.)

Staatsrechtliche Bedenken der Volkspartei.

Abg. Dr. Rahl (D. Sp.) erklärt, daß sich in Bayern gegen das Konkordat bereits Widerspruch erhoben habe. Das sei geschichtlich zu verstehen, Bayern habe mit Konkordaten keine Erfahrungen. Das gegenwärtige Konkordat lehne sich allzu eng an das von 1817 an, das viel Widerspruch gefunden habe. Das Reich habe nur die Kompetenzzuständigkeit zu prüfen. Der Redner erklärt, daß, wenn er als bayerischer Abgeordneter zu dem Konkordat hätte Stellung nehmen müssen, er das Konkordat abgelehnt hätte, nicht

weil er annehme, daß es im Widerspruch zu der Reichsverfassung stehe, sondern weil es

dem Artikel 10 der bayerischen Verfassung widerspreche,

indem es eine neue Leistung dem bayerischen Staate auferlegt, wozu eine verfassungsändernde Mehrheit erforderlich gewesen wäre. Vom Reich aus betrachtet, könne aber die Zuständigkeit Bayerns zum Abschluß eines Konkordats nach Artikel 78 der Reichsverfassung unmöglich bestritten werden. Das Konkordat sei aber so weitgehend, daß seine Praxis eventuell zum Einschreiten des Reiches gemäß Artikel 13 der Verfassung Anlaß geben könnte. Er, der Redner, würde aus rechtlichen und politischen Gründen der Entwicklung widerstreben, daß etwa das bayerische Konkordat das Vorbild eines Reichskonkordats werden sollte. Ein Reichskonkordat sei zwar sehr erwünscht, sollte aber nur so zustande kommen, daß die einzelnen Länder oder Kirchenprovinzen ihre Konkordate abschließen und daß diese Konkordate umrahmt würden von einem Mantelgesetz des Reiches. (Zustimmung.) Die Deutsche Volkspartei wünsche den konfessionellen Frieden. (Beifall.)

Abg. Neubauer (Komm.) lehnt das Konkordat ab.

Abg. Dr. Schäding (Dem.) erklärt, die Demokraten müßten sich nicht gegen die Kirche gerichteten Gedanken gegen das Konkordat wenden. Lieber dem Konkordat habe von Anfang an ein guter Stern geschwebt. Es handele sich darum, staatliches Recht gegen kirchliches abzugrenzen. Der Redner ist der Ansicht, daß die Bestimmungen des Konkordats mit der Reichsverfassung nicht im Einklang zu bringen seien; er hält sich dabei auch auf namhafte deutsche Rechtslehrer, wie z. B. Anschütz, Rothemann, Köhnen, München usw. In der Reichsverfassung stehe ausdrücklich, daß kein Lehrer zur Erteilung von Religionsunterricht gezwungen werden könne. Das Konkordat bestimme, daß an den bayerischen Bekenntnisschulen — und das seien fast alle — kein Lehrer angestellt werden könne, der sich nicht verpflichtet, katholischen Religionsunterricht zu erteilen. Das sei

ein offener Hoja auf die Verfassung des Reiches.

Wenn gesagt werde, es sei dem Lehrer anheimgestellt, sich an einer anderen Schule zu bewerben, so bedeute das praktisch die Freiheit, zu verhungern. Denn mindestens 95 Proz. aller bayerischen Schulen seien Bekenntnisschulen. (Zustimmung.) Die Demokraten würden sich gegen ein Reichskonkordat wenden, das dem bayerischen ähnliche Tendenzen enthalte. (Beifall.)

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Pg.) ist der Ansicht, daß das Konkordat nicht gegen die Reichsverfassung verstoße. Wenn es Tatsache sei, daß in Bayern kein Lehrer Aussicht auf Anstellung habe, der sich weigere, Religionsunterricht zu erteilen, weil 95 Proz. der bayerischen Schulen Bekenntnisschulen sind, so bedeute das eben, daß das bayerische Volk konfessionellen Unterricht haben will. (1) Die Mehrheit des deutschen Volkes halte an dem Gedanken der Konfessionsschule fest. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Sp.) erklärt, es sei nur der Umstand, daß in den Verträgen die konfessionelle Volksschule in Bayern festgelegt sei, der die Sozialdemokratie zu ihrer Opposition veranlasse. Dabei sei in dieser Beziehung gegen früher, was Bayern anbelange, durch das Konkordat gar nichts geändert worden. (Widerspruch links.) Nur eine unbedeutende Minorität sei in Bayern gegen die konfessionelle Schule vorhanden. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Fric (Wirtsch.) meint, das Konkordat hätte vor seinem Abschluß dem Reichstage vorgelegt werden müssen, weil es der Reichsregierung auf dem Gebiete des Schulwesens vorgreife. Ein Reichskonkordat würden die Wölfschen ablehnen. Es sei unzutraglich, daß in der gegenwärtigen sozial- und wirtschaftspolitischen schwierigen Lage auch noch durch das Konkordat wieder die konfessionellen Zwistigkeiten aufgeführt würden. (Sehr wahr! bei den Wölfschen.)

Damit ist die Aussprache über die Interpellation beendet. In persönlicher Bemerkung wendet sich

Abg. Saenger (Soz.)

gegen die Behauptung, daß der frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann mit dem päpstlichen Stuhl in Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Konkordats eingetreten sei. Diese Verhandlungen hätten lediglich darin bestanden, daß Hoffmann die Wünsche des Runtius entgegennahm. Nun eine zweite persönliche Bemerkung. (Große Heiterkeit.) Ich war damals Staatssekretär im Kultusministerium und bin daher persönlich interessiert. Der Abg. Pfleger hatte behauptet, daß der damalige bayerische Ministerpräsident Hoffmann einen Besuch im erzbischöflichen Palais gemacht habe. Das beruht auf einem Irrtum. Drittens. Einige deutschnationale Abgeordnete haben von mir Beweise dafür verlangt, daß Mitglieder des Hauses Hohenzollern sich in abfälliger Weise gegen die katholische Kirche gewandt hätten. Die Möglichkeit liegt vor, daß ich mich bei der großen Fruchtbarkeit des Hauses Hohenzollern in der Person getrennt habe und daß der frühere Kronprinz nicht in Betracht kommt. Ich habe inzwischen festgestellt, nach der „Königlichen Volkszeitung“ vom 17. Januar 1920, daß sich ein Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen am 21. September 1914, also während des Krieges, noch viel schärfer geäußert hat, als ich es vorgelesen habe. Er nannte die Katholiken die größten und unverwundlichsten Feinde des Reiches, die Kirche sei eine internationale, unmoralische und demoralisierende Institution. Es ist auch bestritten worden, daß der frühere Kaiser sich abfällig über die Katholiken geäußert habe. In einem von dem jetzigen Reichstagsmitglied Walter Gög herausgegebenen Buche ist ein Brief vom 7. April 1895 an den russischen Zaren abgedruckt, in dem es heißt: „Mein Reichstag führt sich so schlecht wie nur möglich auf. Er schwängt zwischen zwei Extremen, den Sozialisten auf der einen und den ultramontanen Katholiken auf der anderen Seite. Beide Parteien sind reif, gehackt zu werden.“ (Große Heiterkeit.) Damit ist die Interpellation erledigt.

Donnerstag, 2½ Uhr: Fortsetzung des Haushalts des Innern. Schluß 7 Uhr.

Deutschnationale gegen Kanitz.

Die Weimarer Koalition soll helfen.

Im Landtag fand gestern nach Ueberweisung einer Reihe kommunistischer Entwürfe an die zuständigen Ausschüsse ein weiterer kommunistischer Antrag, die preussischen Vertreter im Reichsrat dahin zu instruieren, daß sie für die Einführung des Wiederaufnahmegesetzes gegenüber den Urteilen der bayerischen Volksgerichte sich einsetzen, gegen die Stimmen der Rechtsparteien Annahme.

Hierauf tritt das Haus in die zweite Beratung des Gesellschaftshaushalts ein. In der interessanten Debatte wandten sich die Deutschnationalen gegen die Maßnahmen ihres eigenen Ministers im Reich, Graf Kanitz, in der Frage der Pferdeinjanz und riefen die Hilfe der Weimarer Koalition an.

Darauf vertagte sich das Haus auf Dienstag 12 Uhr: Tagesordnung: Beamtenbeihilfe von 100 Mark. Fortführung der Staatsberatung. Schluß 3 Uhr.

Wirtschaft

Die Massenbelastung im Mai.

Wiederum steigender Ertrag der Lohnsteuer.

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben im Monat Mai betragen die gesamten Steuereinnahmen 611 Millionen Mark gegenüber 653 Millionen im April. Das Aufkommen aus den Steuern der Massenbelastung geht aus der folgenden Uebersicht hervor, in der zum Vergleich auch die Zahlen aus dem Vormonat April und dem Monat Mai des Vorjahres aufgeführt sind:

Aufkommen in Millionen Reichsmark

	Mai 1925	April 1925	Mai 1924
Lohnsteuer	137	126	88
Umsatzsteuer	116	137	135
Beförderungsteuer	28	28	19
Zölle u. Verbrauchssteuern	144	148	98
Massenbelastung	423	437	336

Aus diesen Zahlen geht zunächst hervor, daß die Lohnsteuer abermals um 11 Millionen M. gegenüber dem Vormonat gestiegen ist. Sie ist jetzt die größte Steuer des Reiches. Das ist um so bedeutungsvoller, als das Reichsfinanzministerium in den Beratungen des Steueraususses immer damit rechnete, daß das Durchschnittsaufkommen der letzten Monate mit 125 Millionen Mark das gegenwärtig zu erwartende Höchstaufkommen der Lohnsteuer darstelle. Mit dieser Behauptung hat das Reichsfinanzministerium keine Schätzung begründet, die Steuerfreiheit aller Einkommen unter 300 M. werde einen Ausfall von 600 bis 700 Millionen M. hervorzurufen. Das neuerliche Steigen des Lohnsteuerertrages hat diese Behauptung als falsch erwiesen. Es eröffnet sich damit zugleich aber auch die Möglichkeit einer baldigen weiteren Ermäßigung der Lohnsteuer. Der Reichstag hat eine Entschließung angenommen, die die Regierung verpflichtet, diese Ermäßigung durchzuführen, wenn das Aufkommen aus der Lohnsteuer 1200 Millionen Mark jährlich übersteigt. Die starke Steigerung des Aufkommens im letzten Monat vor der Neuerung des Steuerüberleitungsgesetzes läßt den Schluß zu, daß dieser Zeitpunkt bald gekommen sein wird.

Auf der anderen Seite hat sich das Aufkommen der Umsatzsteuer von 137 Millionen auf 116 Millionen Mark vermindert. Das ist hauptsächlich eine Folge des schlechten Geschäftsganges. Die Zölle und Verbrauchssteuern dagegen haben nur eine unwesentliche Verringerung des Aufkommens erfahren. Insgesamt beträgt das Aufkommen aus der Massenbelastung 423 Millionen gegen 437 Millionen im April und 355 Millionen Mark im Mai vorigen Jahres.

Auf der Seite der Befristung hat die veranlagte Einkommensteuer 63 Millionen gebracht gegenüber 96 Millionen M. im April. Der Ertrag der Vermögenssteuer beträgt diesmal 33 Millionen gegen 20 Millionen M. im April. Das Aufkommen aus der gesamten Befristung ist stärker gesunken als das aus der Mehrbelastung. Daher ist der prozentuale Anteil der Massenbelastung und der einzelnen Massensteuern gegenüber dem Vormonat weiter gestiegen. Das zeigt folgende Uebersicht:

Prozentualer Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen.

Aufkommen in Millionen Reichsmark

	Mai 1925	April 1925	Mai 1924
Lohnsteuer	22	19	17
Umsatzsteuer	19	21	26
Zölle u. Verbrauchssteuern	24	23	18
Massenbelastung	70	69	64

Hieraus ergibt sich, daß die Massenbelastung auch in diesem Monat wieder 70 Prozent der Reichseinnahmen aufgebracht hat gegen 69 Prozent im vergangenen Rechnungsjahr. Es zeigt sich ferner die wachsende Tendenz bei der Lohnsteuer, die an Stelle der Umsatzsteuer zum Hauptträger der Reichsfinanzen geworden ist, und der Zölle und Verbrauchssteuern.

Hilfsmaßnahmen für die Bergarbeiter.

Im Ruhrrevier ist ein Stilllegungsprozeß im Gange, der bereits auf zahlreichen Zechen die Belegschaften erwerbslos gemacht hat. Nach Erklärungen der Leiter großer Bergwerkskonzerne sollen weitere Stilllegungen erfolgen, sodaß bis zum Jahresende mit der Kündigung von 60 bis 80 000 Bergarbeitern gerechnet werden muß. Wie es heißt, sollen auch die Bergarbeiter der staatlichen Gruben des Ruhrgebietes davon betroffen werden.

Infolgedessen fordert die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtags in einem vom 16. Juni datierten Antrag vom Staatsministerium folgende Hilfsmaßnahmen für die Bergleute:

1. Schritte, in Gemeinschaft mit der Reichsregierung, um die geplanten Stilllegungen zu verhindern und bereits durchgeführte wieder rückgängig zu machen.
2. Falls diese Schritte zu dem gewünschten Erfolg nicht führen, Einwirkung auf die Reichsregierung, daß öffentliche Arbeiten in Angriff genommen werden, z. B. der Bau der Schnellbahn Köln-Dortmund, der Ausbau des Lippe-Kanals an den beiden Endstrecken und andere längst geplante Verkehrsobjekte des Industriegebietes.
3. Bereitstellung von Staatsmitteln, um die Anonagriffnahme und Durchführung dieser Arbeiten zu fördern.
4. Für die Beseitigung der planlosen Feiertagen die Einführung der fünfjährigen Wochenlohn nach englischem Muster.

Da durch die technisch-wirtschaftliche Entwicklung (Deisfernung, Heiztechnik, Verlust von Kohlenkonsumen) eine Einschränkung der Kohlenproduktion unvermeidlich ist, muß beizeiten Vorkehrungen getroffen werden, die erwerbslos werdenden Bergleute irgendwie auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. So hat man u. a. bereits auch die Frage aufgeworfen, ob nicht ganze Gruppen von Bergarbeitern — natürlich ohne Zwang — aus dem Bergbau herausgenommen und vielleicht in der Bauindustrie oder in der Landwirtschaft untergebracht werden können. Natürlich muß bei solchen und ähnlichen Maßnahmen eine Scheidung zwischen dem wirklichen Bergmann und den Arbeitern getroffen werden, die erst im Laufe der letzten Jahre aus anderen Berufen zum Bergbau hinüberwechselten.

Unter den Notstandsarbeiten steht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet der Straßenbau an der Spitze, da infolge des überraschend schnell angewachsenen Kraftwagenverkehrs die Straßenkörper um- und ausgebaut werden müssen. Der Ausbau des Lippe-Kanals ist bisher vom Reichsverkehrsministerium immer wieder zurückgestellt worden, weil er sich nicht rentiert und das Geld besser für den Ausbau des Mittelkanals verwendet werden

könnte. Das Schnellbahnprojekt Düsseldorf-Röln-Dortmund, das in der Hand einer Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Essen liegt, beansprucht zu seiner Durchführung enorme Summen. Man rechnet mit 500 Millionen Mark. Für den Ausbau der Verkehrsstraßen des Ruhrfeldungsverbandes ist aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine namhafte Summe bereit gestellt worden, sodaß die Beschäftigung von 5000 Erwerbslosen für vier Monate gesichert ist. Ferner kommt noch das Automobil-Straßenprojekt für den Rachenere Bezirk in Betracht.

Der rheinisch-westfälische Industriebezirk ist gezwungen, im Interesse seiner wirtschaftlichen Entwicklung eine ganze Reihe von Bauprojekten von so großem Umfange durchzuführen, daß im Bereich der notwendigen Bauarbeiten die Unterbringung erwerbslos werdender Bergleute sehr wohl möglich ist. Die Gemeinde, der preussische Staat und vor allem das Reich sollen nur einmal bei der Finanzierung zeigen, daß sie auch für die Arbeiter, die die Schläge der Wirtschaftskrise immer am härtesten fühlen müssen, etwas übrig haben.

22. Genossenschaftstag.

Am 15. Juni begannen in Stettin die Verhandlungen des Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der größten konsumgenossenschaftlichen Organisation Deutschlands. Die Statistik des letzten Geschäftsjahres weist nach, daß nicht weniger als 1163 Konsumgenossenschaften der Organisation angeschlossen sind, von denen 1020 mit 3 505 000 Mitgliedern berichtet. Die Zahl der Verteilungsstellen betrug 8282. In der Güterverteilung waren 32 177 und in der Güterherstellung 5648 Personen beschäftigt.

Der Umsatz des Kalenderjahres 1924 ist auf 600 Millionen Mark zu bemessen.

wovon etwa der vierte Teil auf den Erlös aus selbstproduzierten Waren entfiel. Den Geschäftsbericht im ganzen genommen, muß gesagt werden, daß das geschäftliche Ergebnis des Kalenderjahres 1924 völlig unter den Nachwirkungen der Kriegs-, Nachkriegs- und Inflationszeit, denen manche Genossenschaften zum Opfer fielen, während die übrigen sich mehr oder minder langsam sich wieder emporarbeiteten, stand. Erwähnt sei noch, daß dem Verband ferner 19 Arbeits- und sonstige Genossenschaften angehören, die ungefähr einen Umsatz von 3 Millionen Mark erzielen. In der Sitzung des Vorstandes, Ausschusses und Generalrats standen in der Hauptsache die gleichen Gegenstände zur Beratung, die auch den Genossenschaftstag beschäftigten. In einer angenommenen Entschließung wurde

eine eifrige Aufklärungs- und Werbearbeit

gefordert, die die Massen der Verbraucher in die genossenschaftliche Gedankenwelt einführen sollen. Und das zu vollbringen, muß unbedingt eine planmäßige und gewissenhafte Ausnutzung aller zu Gebote stehenden Erziehungs- und Werbemittel einsehen. Die Gewinnung der Frauen für die Genossenschaftsarbeit ist mit einer der ersten Werbeaufgaben. Die Eröffnungs-sitzung, die am Nachmittag vor sich ging, war von 842 Delegierten besucht, 868 waren stimmberechtigt. Die Sitzung selbst wurde ausgefüllt mit Begrüßungsansprachen der Vertreter der Konsumbewegung und der Behörden. Lorenz-Hamburg, der die Sitzung leitete, gedachte in seiner Begrüßungsansprache mit ehrenden Worten der Todesopfer des letzten Jahres und erinnerte in seinen weiteren Ausführungen an die großen Schwierigkeiten des deutschen Wirtschaftslebens. Der preussische Handelsminister war durch den Oberpräsidenten Lippmann, der Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsminister durch den Regierungsrat Reyer, und der Regierungspräsident durch den Regierungsrat Lühau vertreten. In einer Begrüßungsansprache dankte Oberbürgermeister Dr. Acker mann für die selbstlosen Kriegseinstellungen der Konsumvereine, deren Entwicklung ihre Berechtigung erweise! Die Ansprachen der ausländischen Vertreter fanden starke Beachtung. Der erste Verhandlungstag am Dienstag, den 16. Juni, brachte zunächst ein Referat Heinrich Kaufmanns über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Nach einer kurzen kritischen Betrachtung des Jahresberichtes behandelte er die Wirkungen des Währungsverfalls auf die innere und äußere Entwicklung der Konsumvereine.

Trotz der schweren Zeiten kann die Konsumgenossenschaftsbewegung heute wieder einen Aufschwung verzeichnen.

Nachdem noch Bästlein über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstandes, insbesondere über die Genossenschafts- und Steuererleichterung berichtet hatte, wurden folgende drei Entschließungen, die kurz zusammengefaßt, die Darlegungen wiedergeben, angenommen:

I.

Der 22. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 15. bis 17. Juni 1925 in Stettin, nimmt Kenntnis von den wirtschaftlichen Maßnahmen, die der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1925 getroffen hat, und erklärt sich mit ihnen einverstanden.

Der Genossenschaftstag spricht sein Bestreben darüber aus, daß die Reichsregierung dem Reichstag eine Vorlage über die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer nicht vorgelegt hat, obwohl das deutsche Wirtschaftsparlament (Vorläufiger Reichswirtschaftsrat) wiederholt, und zwar zuletzt am 20. Mai 1925, im Finanz- und Wirtschaftspolitischen Ausschuss sich für die Aufhebung ausgesprochen hat. Politische Rücksichten dürfen auf keinen Fall dazu führen, daß eine durchaus ungerechte Doppelbesteuerung aufrechterhalten wird. Von der Reichsregierung und von dem Reichstage muß daher mit allem Nachdruck die Aufhebung dieser, die Genossenschaften zu Unrecht belastenden Steuer verlangt werden.

Mit Verriedigung nimmt der Genossenschaftstag davon Kenntnis, daß die von den Produzenten- und Großhandelskreisen geforderte Kleinhandelsumsatzsteuer seitens der Regierung abgelehnt worden ist. Diese Steuer würde dazu führen, daß die Umsatzsteuer in den Preis aller Waren einfließt, aber zu einem sehr erheblichen Teil nicht an die Reichsregierung abgeliefert würde, weil die Reichsregierung nicht in der Lage ist, eine einwandfreie Kontrolle auszuüben. Zugleich würde die Kleinhandelsumsatzsteuer dem wilden Handel Tor und Tür öffnen und einen heimlichen und vogabundierenden Handel züchten, der sich jeder Kontrolle entzieht.

II.

Der 22. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 15. bis 17. Juni 1925 in Stettin, nimmt davon Kenntnis, daß trotz der Verordnung der Reichsregierung zur Bekämpfung des Mißbrauchs der wirtschaftlichen Macht der Kartelle vom 2. November 1923 im Berichtsjahre der Nachmittagsbrauch der Kartelle weiter um sich gegriffen hat. Die bestehenden Mißstände auf dem Gebiete des Preisabwickelungsverfahrens haben sich weiter ausgedehnt. Auch haben die Kartelle die Waren-einkaufszentrale des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, und zwar die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., mit wichtigen Waren teils überhaupt nicht beliefert, teils hohe Aufschläge gefordert und so gegenüber breiten Volksteilen Preiswucher geübt. Dieses Gebahren steht im direkten Widerspruch mit dem Erlass der Reichsregierung, betreffend den Preisabbau. Es ist erwiesen, daß durch die Preispolitik der Kartelle ein großer Teil der Fabrikations-artikel im Deutschen Reich mit zu hohen Aufschlägen beim Verkauf

belastet, und dadurch die Kaufkraft des Arbeitslohns und des Beamteneinkommens bedeutend herabgemindert wird.

Der Genossenschaftstag verlangt deshalb wiederholt unter Bezugnahme auf seine frühere Entschließung, daß die Reichsregierung dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegt, durch den

1. Die Errichtung eines Kartellregisters angeordnet wird und
2. ein unabhängiges Kartellamt eingesetzt wird mit der Befugnis, in die Tätigkeit der Kartelle, Syndikate usw. Einsicht zu nehmen und das Ergebnis öffentlich bekanntzumachen.

Die Einsicht in das Kartellregister muß allen Wirtschaftsverbänden und deren Beauftragten gestattet sein.

III.

Der 22. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vom 15. bis 17. Juni 1925 in Stettin, erhebt gegen die Vorlage der Reichsregierung über die Wiedereinführung der Zölle für Getreide, Fleisch und sonstige Lebensmittel Protest. Diese Gesetzesvorlage vermindert die Kaufkraft des Arbeitslohns und des Beamteneinkommens, fördert in erster Linie den Mißbrauch der wirtschaftlichen Macht der Kartelle und Syndikate, schwächt die deutsche Wirtschaft in ihrem Wettbewerb auf den ausländischen Märkten und muß dazu beitragen, daß der von allen Seiten erstrebte Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft auf lange Zeit erschwert wird. Der Genossenschaftstag erklärt, daß die deutsche Wirtschaft in erster Linie durch Hebung des Konsums wieder erstarren kann, während die erwähnten Zölle eine erhebliche Verteuerung aller in Frage kommenden Bedarfsgegenstände zur Folge haben würden. Aus diesem Grunde stellt der Genossenschaftstag an den Reichstag die dringende Forderung, die Vorlage abzulehnen und an die Stelle des Hochschutzzollsystems eine nach den Grundsätzen des Freihandels orientierte Handelsvertragspolitik zu stellen, umso mehr, als sonst noch die große Gefahr besteht, daß die Handelsvertragspolitik gefährdet wird und die Handelsbeziehungen zu anderen Völkern verschlechtert werden.

Amerikanisierung auch bei Daimler. Obwohl die meisten amerikafahrenden Großbetriebsleiter bei ihrer Rückkunft verkünden, daß die Vielfältigkeit der Betriebe und Produktionsnachfrage und die ungenügende Größe der Werke und des deutschen Absatzmarktes die Umstellung der Betriebe auf das „Amerikafahrende Band“ unmöglich mache, macht diese rasche und gründliche Fortschritte. Jetzt teilt auch die Daimler-Motoren-Gesellschaft in ihrem Geschäftsbericht mit, daß sie ihre Fabrikation auf amerikanische Arbeitsverfahren umgestellt habe. Der Durchführungsamerikanisierung, also zur Vergrößerung der Produktionsmenge, der Verringerung und Vereinheitlichung der Typen, Senkung der Einkaufs- und Verkaufskosten dient die Interessengemeinschaft mit den Benzwerken. Die gemeinsame Produktion nach den neuen Verfahren liegt hauptsächlich in Untertürkheim, wo das Hauptobjekt der Interessengemeinschaft, die neuen 4 bis 6-Liter-Personenwagen hergestellt werden. Klar ist, daß die von der Automobilindustrie mit Sicherheit erwarteten Autosätze den Umstellungszeitpunkt befristet haben. Die Aussicht für die deutsche Autoindustrie, den Inlandmarkt monopolistisch zu beherrschen und die Abhängigkeit bei Daimler, der Inlandskonkurrenz bei dem kommenden Geschäft gemindert zu sein, dürfte auch der Schlüssel zu der äußerlich wenig erfreulichen Bilanz sein. Die in vollem Gange befindliche Amerikanisierung scheint die laufenden Einnahmen, die seit Herbst vor. Is. beträchtlich gemindert sind aufzuheben zu haben. Auch die starke Erhöhung der Gläubiger von 3,7 auf 17,6 Millionen bei Steigerung der Schuldner von 11,3 auf nur 13,2 Millionen scheint sich daraus zu erklären. Beides hat sich deutlich in der Erhöhung der Waren, Fabrikate und Halbfabrikate von 13,3 auf 23,9 Millionen ausgeprägt. Der Gewinn dürfte also sofort im Betrieb wieder angelegt worden sein, um bei der Umstellung Zinsen zu sparen. Unter diesen Umständen bedeutet die Dividendenlosigkeit nichts für die Beurteilung der Betriebs- und Abzinsung bei Daimler. Auch an den Abschreibungen scheint aus Umstellungsgründen erspart worden zu sein; denn bei einem Anlagenwert von 21,9 Millionen sind 1,5 Millionen Abschreibungen nicht viel. Geschäftsbericht und Bilanz sind übrigens auch bei der Daimler für die Öffentlichkeit so nicht-sagend, daß man sich fragen muß, weshalb die gesetzliche Publizitätspflicht der Aktiengesellschaften noch besteht.

Gegen die Zoll- und Steuerbelastung des Tabaks. Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Bremen, der Christliche Tabakarbeiterverband, Düsseldorf, und die Hirsch-Dunderische Organisation haben eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in der sie ersuchen, die von der Regierung geplante Zoll- und Steuer-Verhärterung abzulehnen. Nach Feststellungen der drei Verbände werden der neue Zoll und die neue Steuer zur Höhe haben, daß die Belastung 66 Proz. des Gesamteinkaufspreises ausschließlicher der Steuer und des Eingangszolls ausmachen wird. Die Verbände befürchten dadurch eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes, der schon in den letzten Monaten von rund 144 000 Tabakarbeitern nur noch etwas mehr als 100 000 aufnehmen konnte.

Gegen das neue Weinsteuergesetz. Der Bund Westdeutscher Weinhandlervereine hat in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zu dem neuen Entwurf des Weinsteuergesetzes Stellung genommen und in einer Entschließung gefordert, daß die Regierung, wenn sie schon angesichts der Finanzlage des Reichs nicht auf die völlige Aufhebung der Steuer verzichten könne, wenigstens der ungewöhnlichen Rotlage von Weinbau und Weinhandel Rechnung tragen und einer allgemeinen Herabsetzung der Steuer auf 10 Proz. bzw. bei mittleren Weinorten auf 5 Proz. zustimmen möge.

Ein Wirtschaftsabkommen mit Ägypten. Am 16. d. M. ist in Kairo der Niederlassungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Ägypten, über den längere Zeit verhandelt wurde, unterzeichnet worden. Damit erhalten die deutschen Reichsangehörigen wieder die Möglichkeit zur Ausnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit in Ägypten unter gesicherten Verhältnissen. Es ist zu begrüßen, daß sich die ägyptische Regierung bereit gefunden hat, die deutschen Reichsangehörigen in Ägypten wieder auf dem gleichen Fuße zu behandeln, wie die Angehörigen der anderen fremden Staaten. Unsere Gerichtsbarkeit wird durch den Vertrag in demselben Umfange hergestellt wie sie vor dem Kriege bestand. Im übrigen sieht der Vertrag das freie Aufenthalts- und Niederlassungsrecht der beiderseitigen Staatsangehörigen im Gebiete des anderen Vertragsstaates vor. Der Vertrag wird den beiderseitigen Parlamenten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Amerikanische Kredite für die Landwirtschaft. Nach verschiedenen Meldungen sollen gegenwärtig Verhandlungen mit in Berlin weilenden amerikanischen Finanziers über die Gewährung eines umfangreichen Kredits an die deutsche Landwirtschaft stattfinden. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ hierzu erfährt, haben zwar Verhandlungen ausländischer Kreditgeber mit einer Genossenschaftszentrale stattgefunden, die dieser Tage zum Abschluß eines Kredits von sechs Millionen geführt haben. Auch sonst werden seit längerer Zeit Verhandlungen zur Beschaffung ausländischer Kredite für die Landwirtschaft geführt. Diese Verhandlungen sind aber keinesfalls soweit gediehen, daß über die Einzelheiten einer eventuellen Anleihe für die Landwirtschaft bereits feste Angaben gemacht werden könnten. Die Rentenbank selbst ist an diesen Verhandlungen nicht beteiligt.



2. AFA-Gewerkschaftskongress.

München, 17. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

Der dritte und letzte Tag des AFA-Kongresses brachte zunächst ein großzügiges Referat von Fritz Schröder, über den Kampf um den Achtstundentag. Temperamentvoll zeichnet er bis in alle Einzelheiten die Entwicklung dieses Kampfes. „Wenn einst der Staub alle Teile des Berliner Vertrages bedeckt wird, so werden die schaffenden Stände der Völker den einen Teil, die soziale Frage, niemals in Vergessenheit geraten lassen. Zum ersten Male wurde hier der Versuch unternommen, eine praktische Form zu schaffen für die sozialen Grundlagen des Weltfriedens.“ Den größten Teil seiner Ausführungen widmete Schröder jener Zeit, in welcher in Deutschland nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes die vereinigte Reaktion des deutschen Unternehmertums daran ging, aus eigener Machtvollkommenheit das bestehende Recht in Deutschland außer Kraft zu setzen. Unvergessen werde dabei bleiben, wie die Reichsregierung das wüste Treiben unterstützte, so daß schließlich unter den Wirkungen der Arbeitnehmerschaft zermürbenden Inflation das blühende Ende des Achtstundentages herbeigeführt werden konnte. Nun aber müsse der Kampf der Gewerkschaften um die Einführung des Achtstundentages von neuem beginnen und dazu müßten alle Mittel, vor allem außerparlamentarische, eingesetzt und die deutsche

Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens gezwungen werden.

An Schröders Referat, das wiederholt von großem Beifall unterbrochen wurde, schloß sich eine längere Aussprache, an der sich Queegeest und Smith-Amsterdam beteiligten. Der erste erläuterte, welche Wichtigkeit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland zukomme. Auf Grund seiner Erfahrungen sei ihm klar geworden, daß Deutschland nur deshalb nicht ratifiziere, weil die Internationale der Arbeitgeber es bisher nicht zugelassen habe. Deutschland, das früher jahrzehntelang in der Sozialfrage an erster Stelle gestanden habe, gehöre heute zu den sozial rückständigsten Ländern, besäumt von Polen und der Tschechoslowakei.

In seinem Schlußwort wies Schröder auf den Kampf mit allen außerparlamentarischen Mitteln hin, durch den man nicht nur die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, sondern seine Ergänzung durch ein

neues Arbeitszeitgesetz

erreichen müsse. Der Kongress nahm dann eine Entschließung an im Sinne der Ausführungen des Referenten.

In einer ebenfalls einstimmig gefaßten Entschließung protestiert der Kongress ferner gegen die Methode, auf dem Verwaltungswege das geltende Reichsrecht über die Sonntagsruhe außer Kraft zu setzen. Er fordert deshalb die sofortige Juridiktation der Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums und begründet gleichzeitig den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Antrag über die Sonntagsruhe der Angestellten.

In der Nachmittagssitzung führte Kurt Heinig, Leiter der nationalsozialistischen Abteilung des Deutschen Wertmeisterverbandes, eine neue scharfe Klinge gegen das deutsche Unternehmertum, und zwar in der Steuerfrage. Mit Entrüstung nahm der Kongress Kenntnis von der böswilligen und schamlosen Behauptung der Unternehmer, daß die Gewerkschaften unfähig gewesen seien, die nationalen Notwendigkeiten beim Kampf am Rhein und Ruhr zu erkennen. An der Hand eingehenden statistischen Materials widerlegte Heinig die vielen falschen Angaben der Unternehmer über den Materialstand ihrer Betriebe und erklärte, wenn irgendwas abgebaut werden müsse, so sei es bei den Direktoren der Werke, von denen die deutsche Industrie mindestens 100 000 zu viel habe. An 200 der wichtigsten deutschen Aktiengesellschaften kann man gegenüber dem Frieden eine Zunahme der Arbeiterkraft um nur 1,3 Prozent stellen, gegenüber einer Zunahme der Direktoren um 60 Prozent. Nicht minder

notwendig sei ein Abbau des deutschen Unternehmertums

selbst, das sich seit der Inflation gewaltig vermehrt habe auf Kosten seiner Qualität. Anschließend forderte Heinig die öffentliche Durchleuchtung der Steuerpflicht und der Steuerleistung, weil nur dadurch die Möglichkeit gegeben sei, zu verhindern, daß von 1929 an (Dawes-Gesetz) die Reparationslasten nicht von den drei Klassen des Volkes, sondern in erster Linie von den Unternehmern getragen werden. Auf Grund dieses Referats nahm der Kongress eine Entschließung an, in der es u. a. heißt:

„Der ausgeprägte Grundton der derzeitigen Reichsteuergesetzgebung ist Schutz und Förderung der Großkapitalbildung. Der 2. AFA-Kongress ist nicht gewillt, widerstandslos die Ausdehnung und Herrschaft in der unehrlichen Staatsfinanz- und Wirtschaftstheorie einer falschen Steuer- und Produktionsparasit zu dulden. Er rechnet nicht darauf, daß seinem Verlangen nach Umkehr und Befreiung neuer gemeinsinniger Wege von Staat und Wirt-

schaft freiwillig gefolgt wird. Deswegen werden die im AFA-Bund zusammengeschlossenen Verbände mit aller Kraft und überall dafür eintreten und dahin wirken, daß die Erkenntnis der wahren Zusammenhänge in Wirtschaft und Staat Verbreitung finden. Die im AFA-Bund zusammengeschlossenen Angestellten-Gewerkschaften wollen den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Produktion stellen. Der Weg zu diesem Ziel fordert wirtschaftlich die

Erfassung der großen Gewinne und die Freimachung der Kaufkraft des Volkes

von übermäßiger Verbrauchsbelastung, volkswirtschaftlich die Beseitigung aller überflüssigen, produktionshemmenden Substanz und Umgestaltung des Produktionsprozesses unter gemeinsinnigen Gesichtspunkten, zu denen immer die Einschaltung des Staates in den Besitz aller Produktionsquellen gehören wird.“

Dann hielt der Schöpfer der Weimarer Verfassung, Minister a. D. Preuß, einen Vortrag über den sozialen, demokratischen und nationalen Inhalt der Deutschen Republik, dem der Kongress mit größter Aufmerksamkeit folgte. Bemerkenswert war, wie Preuß die Arbeit der deutschen Sozialdemokratie seit 1918 würdigte, indem er erklärte: Die Haltung der SPD, in den Jahren seit 1918 haben wir restlos anzuerkennen. Sie war staatsklug, national im wahren Sinne des Wortes, und sie machte ihrem Namen Ehre, sozial und demokratisch zu sein. Worauf es ankommt, ist das demokratische und das soziale Prinzip nicht miteinander verhehen zu lassen zum Nutzen derer, die antisozial und antidemokratisch im Dienste der Reaktion und des Monopolkapitalismus stehen. In jener ungeheuren Rattage nach 1918 war die einzige Möglichkeit der Rettung, nachdem alle Halbgötter und Götzen zusammengebrochen waren, der

Aufbau des deutschen Volksstaates auf sozialer, demokratischer und nationaler Grundlage.

Diese diesen Gemeinschaftsgeist, dem nationalen, demokratischen und sozialen Prinzip, wäre das Reich auseinandergefallen, denn die rein vorgerichtliche Macht hätte an Rhein und Ruhr nicht die Söhne des Vaterlandes beieinanderhalten können. Sie sind national treu geblieben, weil sie von unten her, also von der Arbeiterklasse, diesen Willen hatten. Dreimal verderblich wäre es unter diesem Gesichtspunkt, wenn man den sozialen Kämpfen nicht ihre ruhige Bahn ließe. Der Sozialismus ist in Wirklichkeit gar nicht zu fürchten. Was zu fürchten ist, ist die soziale Reaktion, und diese Gefahr ist riesengroß, nachdem in der Furcht vor dem Zusammenschlagen der sozialistischen Welle der Monopolkapitalismus so ungeheure Triumphe feiern konnte. Diese Gefahr ist umso größer, als die Sozialreaktion sich anschiebt, sich angeblich mit der Republik und der Weimarer Verfassung „auszuföhnen“. Zur Bannung dieser Gefahr müssen alle jene zusammenstehen, denen die Verfassung von Weimar und ihr sozialer, demokratischer und nationaler Inhalt am Herzen liegt.

Stürmischer Beifall dankte dem Redner. Hierauf sagte Genosse Aufhäuser das Ergebnis des Kongresses zusammen, dessen Beratungen getragen waren von reiner Sachlichkeit und innerer Entschlossenheit. Der Kongress hat einstimmig bekräftigt: Es bleibt bei dem freigewerkschaftlichen Programm von Düsseldorf unter voller Wahrung unseres hohen Endzweckes. Die Organisationen des AFA-Bundes wollen eine wirkliche Volksgemeinschaft, aber nicht eine solche, wie die heutige Reichsregierung sie prägt, sondern eine solche, in der die Arbeit allein Rechte und Adel gibt. Wir wollen den Kampf, den die heutige Regierung zusammen mit dem Landbund und dem Reichsoberband der Deutschen Industrie gegen die schaffenden Stände des Volkes führt, siegreich zu Ende bringen, und zwar in einem Klassenkampf, der nicht Selbstzweck ist, sondern zur Abschaffung der Klassen selbst führt. Für diesen Kampf der wirtschaftlichen und sozialen Befreiung ist uns die Weimarer Verfassung die Basis. — Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Internationalen Gewerkschaftsbund von Amsterdam beschloß Aufhäuser den Kongress.

Lebensmittel- und Getränkearbeiter.

22. Verbandstag.

München, 16. Juni 1925.

Dem Geschäftsbericht, den Bakert erstattete, ist folgendes zu entnehmen: Während die Uebergangszeit einen Verlust an Mitgliedern brachte, die nach dem Krieg mit unerfüllbaren Hoffnungen der Organisation beigetreten waren und die den schweren Verhältnissen dieser Zeit keine genügend gezielte Ueberzeugung entgegenzusetzen hatten, brachte das letzte Quartal des Verbandes wieder eine erfreuliche Steigerung der Mitgliederzahl. In der Inflationszeit hat die internationale Arbeiterunion den deutschen Brudertorganisationen einen namhaften Kredit bereitgestellt, der jedoch nur zum Teil in Anspruch genommen werden konnte. Auch aus Oesterreich, Holland und Amerika wurden kleinere Kredite zur Verfügung gestellt, die bereits wieder zurückerhalten sind. Der Redner dankt den ausländischen Genossen für die be-

wiesene Solidarität und verweist darauf, daß es sich sehr bewährt habe, daß man den Organisationsapparat nicht abgebaut habe. Der Verband habe alle seine Unterstützungseinrichtungen über die Inflationszeit hinweggerettet.

Das unter dem Druck der Verhältnisse an Umfang verringerte Verhandlungsblatt wird wieder ausgebaut werden. Die Organisation ist auch bemüht, durch Herausgabe des Mitteilungsblattes eine weiterreichende Aufklärung und eine bessere Verbindung mit den einzelnen Ortsvereinigungen zu erreichen. Der Verband habe sich auch mit aller Energie gegen die Biersteuer und gegen die Wehrgeldgewende gewendet. Doch habe man bei der Regierung in dieser Beziehung, ebenso wie in der Frage der Getränke- und der Einkommensteuer wenig Entgegenkommen gefunden. Auch gegen die Alkoholverbotsbewegung wurde angekämpft. Zur Erreichung der Verbandsziele wurden verschiedene Kartellverträge abgeschlossen. Die Erwerbung eines eigenen Verbandshomes in Berlin ist Lausade geworden. Redner gibt auch ausbrechenden Ausschluß über den Ausschluß von drei Verbandsmitgliedern, die sich in Bremen auf eine kommunistische Wahlliste hatten setzen lassen.

München, 16. Juni.

Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages hatte sich an den kurz mitgeteilten Tätigkeitsbericht und den eine fortschreitende günstige Entwicklung der Finanzen feststellenden Rapporten Bericht des Hauptgeschäftsführers Bittorf eine Aussprache angeschlossen, in der über dreißig Redner zu Wort kamen. Im Verlauf der Aussprache beantragte ein Redner, daß sich die sozialdemokratische Presse für die Antialkoholbewegung einsetze.

Ueber die Notwendigkeit der Nacharbeit in den Mühlengewerkschaften gingen die Ansichten auseinander. Während von einem Redner betont wurde, daß im Mühlengewerbe andere Verhältnisse vorlägen als bei den Bäckern, und daß man deshalb gegen eine unter Einwirkung von drei Achtstundenschichten durchgeführte Arbeitszeit nichts einwenden könne, wurde von anderer Seite betont, daß ruhig eine dieser Schichten verboten werden könne und daß es angebracht sei, die Arbeit in den Mühlen zwischen 10 Uhr abends und 6 Uhr morgens zu verbieten. Des weiteren wurde auf die große technische Ueberlegenheit der ausländischen Mühlenbetriebe verwiesen und ausgesprochen, daß auch die Schaffung von Getreidebälgen die Arbeitslosigkeit in unseren Mühlen nicht verringern werde. Eine weitere Anregung ging dahin, daß die Arbeit von Frauen in den Mühlenlagern verboten werden möge. Der Sekretär der Internationalen Union verwies gegenüber einem Antrag auf Abschaffung der 2-Zentner-Sackung darauf, daß diese ein internationales Maßmaß sei und auch nur international beseitigt werden könne.

Ein Redner verlangte, daß der Verband in der Abwehr der Abstinenz-Bewegung nicht mit dem Unternehmertum zusammengehen dürfe. Allgemein verurteilt wurde die schikanöse Behandlung des Fahrpersonals durch die Aufhebung der zivilrechtlichen Haftung. Es gehe nicht an, daß man aus dem gesamten Berufsleben eine einzelne Gruppe herausgreife und ihr eine Haftung auferlege, die sonst kein Beruf zu tragen habe. Das Bürgerliche Gesetzbuch kenne allerdings die Abwälzung der Haftpflicht vom Unternehmer auf den Fahrer. Aber die Straßenbahnen, die dann eigentlich doch auch hier in Betracht kommen müßten, werden in diesen Bestimmungen immer als Eisenbahnanlagen in Betracht gezogen. Es wurde beantragt, daß der Hauptvorstand Material sammeln und es an die zuständigen Stellen leiten möge.

Es wurde u. a. folgende Entschließung angenommen:

„Das Tragen von Lasten über 75 Kilogramm Gewicht durch einen Mann hat zu den schwersten körperlichen Schäden bei den Betroffenen geführt. Die von Wissenschaftlern aller Länder vorgenommenen Untersuchungen haben einwandfrei bewiesen, daß das Tragen von zu schweren Lasten zu frühzeitigem Siechtum führen muß. Ueber die Folgen besteht heute nur eine Meinung. Trotzdem gibt es noch keine Gesetze, die das Höchstgewicht der zu tragenden Lasten bestimmen. Der internationale Verkehr bedingt, daß eine gesetzliche Regelung nur auf internationalem Wege erfolgen kann. Der Verbandstag des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands richtet aus diesem Grunde an die Exekutive der ILL, das Ersuchen, bei dem internationalen Arbeitsamt vorstellig zu werden, damit das Amt ein bezügliches Gesetz vorbereitet und dieses den Regierungen der der Internationalen Arbeitsorganisation angeschlossenen Staaten zur Ratifizierung vorlegt.“

Beschlossen wurde ferner, einen Delegierten zu der nach Amerika zu entsendenden Studienkommission abzuordnen und hierfür Bakert-Berlin zu bestimmen. Den Rest des Nachmittags füllte die Aussprache über die Anträge zur Verfilmung mit den Verbänden der Bäcker, der Bäcker und Fleischer, sowie der Tabakarbeiter, und die Anträge, die den Industrieverband antreiben, aus. (Die Aussprache dauert bei Abgang des Berichts noch fort.)

SONDER-ANGEBOTE

Mengenabgabe vorbehalten!

Herren-Artikel

Oberhemd	Perkal, mit 1 Kragen	4 ⁹⁰
Oberhemd	Zephyr, gefütterte Brust, mit Istolf, 1 weiche Kragen	10 ⁵⁰
Selbstbinder	in schönen Mustern	1 ⁷⁵
Selbstbinder	geschmackv. Dessins	2 ⁷⁵
Sportkragen		45 ^{Pr.}

Sportartikel

Rudertisch	mit Holzplatte, zusammenlegbar	10 ⁵⁰
Klappstuhl		2 ²⁵
Ruder- u. Turnhemd	Gr. 2	2 ¹⁰
Ruder- u. Turnhemd	mit Besatz an Hals u. Ärmeln, Gr. 2	2 ²⁵
Tornister	Jede weitere Größe 15 Pf. mehr in vorchriftsmäßiger Ausführung	3 ⁹⁰

Ledertwaren

Sportgürtel	für Herren, aus echt naturfarb. od. braun. Hindler, amerik. Schnalle	1 ⁵⁰ 1 ⁹⁵ 2 ⁴⁵
Brieftaschen	braunes starkes krokodillgepresst, Vollleder, mehrere Abteilungen, u. Gehörtsch, Klappmit Leder geölt.	3 ⁷⁵
Geldtaschen	aus Hartgold u. Schmelze	1 ⁴⁵ 1 ⁶⁵
Rucksäcke	aus starkem grauen Segeltuch, mit Regenklappe, Vortasche und echtem, kräftigen Leder-Trailgremien, in 3 Größen	3 ⁷⁵ 5 ⁷⁵ 7 ⁵⁰

Sakkoanzüge

gute Qualitäten

54⁰⁰ 68⁰⁰

Burschen-Anzüge

auch Sportklassen

36⁰⁰ 45⁰⁰

Gummimäntel

gute Gummierung, in Schlupferform

18⁰⁰ 24⁰⁰

Lodenpelerinen

gute Qualität

19⁰⁰ 21⁵⁰ 23⁰⁰

Breecheshosen

haltbare Stoffe, mit doppeltem Gürtel

7⁵⁰ 14⁵⁰

Gestreifte Hosen

moderne Streifen

5⁹⁰ 7⁵⁰

Schuhwaren

Damen-Lederniedertreter

in verschiedenen Farben, mit guter Ledersohle

3⁹⁰

Damen-Leinenhalbschuhe

weisse, moderne Form, gutes Fabrikat

3⁹⁰

Damen-Leinenschuhe

mit Spange und hohem Absatz, moderne Form

5⁹⁰

Damen-Spangenschuhe

in Lack und glatte, moderne Form

14⁵⁰

Zur bevorstehenden Großen Regatta
Ruderklappen, Nadeln, Flagen und Kokarden
für fast alle Vereine vorrätig

Strümpfe

Strümpfe	für Damen mit Doppelsohle und Hochferse, schwarz	75 ^{Pr.}
Strümpfe	für Damen, Seidenstr., seidenmaschig, Gewebe modern, braunfarb.	1 ⁴⁵
Strümpfe	für Damen, Seidenstr., schwarz u. farbig, m. Doppelsohle u. Hochferse	1 ⁹⁵
Strümpfe	für Damen, Kunstseide mit Doppelsohle und Hochferse, verästelte Spitze	1 ⁷⁵
Herrn-Socken	und Ferse	55 ^{Pr.}
Schweisssocken	grau	65 ^{Pr.}
Strapaziersocken	in schönen Motiven	75 ^{Pr.}
Schweisssocken	wollgem., einfarbig mit Doppelsohle	95 ^{Pr.}
Herrn-Socken	Jacquard u. einfarb. m. Längsstr. gl. verstrickt	1 ⁴⁵

Für die Reise:
Sportstrümpfe u. -strümpfe
für Damen, Herren und Kinder
in grosser Auswahl

Herren-Feiltagen

Einsatzhemden	noblisiert, kräftige Ware, alle Größen	2 ⁷⁵
Einsatzhemden	geblickt, reine Qual., schwebelose, gestreift	3 ²⁵
Herrn-Beinkleider	echt Mako, Mitelgrös.	4 ⁰⁰
Herrn-Hemden	echt Mako, Mittelgrös.	4 ⁴⁰
Herrn-Garnituren	Jacke und Beinkleid, feine Baumwolle, farbige, Hose mit Riegelbund	4 ⁹⁰

MERDMANN TIETZ

Aus der Partei.

Sozialistische Einigung in Ostland. Die Parteien der estnischen Sozialdemokraten und der unabhängigen Sozialdemokraten haben sich vereinigt und eine neue Partei gegründet, welche sich Estnische sozialistische Arbeiterpartei nennt. Die neue Fraktion ist mit 25 Mitgliedern die stärkste und demgemäß wählt das Parlament unseren Genossen Rei zum Präsidenten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat, Berlin S.W. 46, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Heute abend äußerst wichtige Stadtverordnetenversammlung, keiner darf fehlen.

Zentralarbeitsauschuß der sozialdemokratischen Elternbeiräte Groß-Berlins.

Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, im Diskussionszimmer des Jugendheims Lindenstraße 3, 2. Hof III, Sitzung.

2. Kreis Tiergarten, Sonnabend, 30. Juni, 7 1/2 Uhr abends, erweiterte Kreisversammlung bei Müller, Kullackstr. 10.

3. Kreis Wedding, Freitag, den 19. Juni, 7 Uhr, Kreisvertreterversammlung in den Thurnstr. 14, Müllerstr. 12.

14. Kreis Köpenick, Freitag, den 19. Juni, 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisvertreterversammlung an bekannter Stelle.

Verteilungsausschuß der Kinderfreunde Mitte, Freitag, den 19. Juni, 7 1/2 Uhr, heute im Berliner Rathaus, Zimmer 106, Genosse Hedenbach über: „Sozialismus als Kulturbewegung.“ Eltern, Helfer und Freunde unserer Bewegung sind eingeladen.

Verteilungsausschuß der Kinderfreunde Westende, die Verteilungsausschuß heute nicht um 8 Uhr, sondern schon um 6 Uhr in der Wohnung des Genossen Wäntzen, Strohhofstr. 67, Hof I, heute.

Heute, Donnerstag, den 18. Juni:

106. Wkt. Kadow, 8 Uhr im Hotel Palm Schloßberg.

Wahlprüfungsausschuß, 8 Uhr Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

Jugendkassen-Kassenprüfung, die Probe für den Kreis der Berliner zum Sonnabendabend findet heute abend 7 1/2 Uhr in der Schule Gipsstraße 24 (Ansturm) statt. — Gruppe Prenzlauer Berg, 8 Uhr Diskussionsabend im Jugendheim Dorotheenstr. (Paraden), „Probleme der Diktatur“ (Soll wegen Krankheit des Genossen Köllisch aus). — Gruppe Friedrichshagen, 7 1/2 Uhr im Jugendheim Müller Str. 4 Arbeitervereinsabend. — Gruppe Neukölln, heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, Sonntag, 11/12, Referat des Genossen Erwin Wagnardt über sozialpolitische Fragen, dabei Genosse betone einen Atlas mit.

Morgen, Freitag, den 19. Juni:

5. Wkt. 7 1/2 Uhr Prüfungsausschuß bei Dorotheenstr. 11.

24. Wkt. 7 Uhr Prüfungsausschuß im Jugendheim in den Gruppenlokalen.

12. Wkt. Kadow, 8 1/2 Uhr Prüfungsausschuß bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

106. Wkt. Kadow, 8 Uhr im Hotel Palm Schloßberg.

Jugendkassen, Gruppe Kadow, Beteiligung an der am Freitag stattfindenden Beratung der Kinderfreunde im Rathaus, Zimmer 106, Eingang Südostseite, Beginn 7 1/2 Uhr. — Gruppe Schöneberg, Sonntag 7 1/2 Uhr, heute abend im Jugendheim Kadowstr. 10, Sonntag, Vortrag über: „Das Rasterfeld.“

Frauenveranstaltungen am Freitag, den 19. Juni:

124. Wkt. Kadow, 8 Uhr bei Dietz, Lindenstr. 18, Vortrag: „Der Bau- und Rohmaterial.“

127. Wkt. Kadow, 7 1/2 Uhr im Volkshaus Schornsteinstr. 8, Vortrag der Genossin Kretsch über: „Brot- und Rohmaterial.“

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr:

Kidnap, Samstagsabend! Die Probe zum Spiel der Berliner Jugendkassen findet heute abend in der Schule Gipsstr. 24 (Ansturm) statt, 7 1/2 Uhr heute. Weitere Genossen und Genossinnen können sich nach betriebl. Ermöglichen an der Schule Gipsstr. 24, Vortrag: „Das Rasterfeld.“ — Schöneberg, heute abend, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Das Rasterfeld.“ — Köpenick, heute abend, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Das Rasterfeld.“ — Friedrichshagen, heute abend, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Das Rasterfeld.“ — Neukölln, heute abend, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Das Rasterfeld.“ — Kreuzberg, heute abend, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Das Rasterfeld.“ — Prenzlauer Berg, heute abend, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Das Rasterfeld.“ — Mitte, heute abend, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Das Rasterfeld.“ — Westende, heute abend, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Das Rasterfeld.“ — Kadow, heute abend, 7 1/2 Uhr, Vortrag: „Das Rasterfeld.“

Arbeitersport.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

Kuhlehorn bei Teltow, am 3. Juli d. J. veranstaltet der Arbeiter-Turn- und Sportverein Kuhlehorn ein Sport- und Herbstturnen. Programm: Dreikampf der Männer und Frauen, 100-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 7 1/2 Kilometer, Dreikampf der Turnerinnen, 75-Meter-Lauf, Weitsprung mit Anlauf, Augellaufen, 5 Kilometer, Einzelwettkämpfe, Duetts, Speerwerfen, 100-Meter-Waldlauf, Stoppuhr und Bandhöhe mitbringen, Kampfrichter stellen, Abmarsch zum Sportplatz 1 Uhr vom Vereinslokal, Meldungen bis 25. Juni an Paul Schulze, Kuhlehorn bei Teltow, Teltower Str. 1. — Wenn vorhanden, Tambourkorps mitbringen.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

ebenfalls. Heute Donnerstag, abend im Arbeiter-Turn- und Sportverein, 7 1/2 Uhr, Schloßberg bei Hofener, Referat, Erklärungen über Gesetzentwürfe und Gesetze in Prüfung, heute auf dem Boden der SPD, heute, können von Genossen eingeladen werden.

Theater Lustspiele
NSW.

Staats-Theater
Opernhaus
8 Uhr: Intermezzo
Opernhaus
am Königsplatz
8 Uhr: Evans-Gilman
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Brand im Opernhaus
Schiller-Theater
Glücksfälle

Volkstheater
7 Uhr: HAMBUR

Theater im Admiralspalast
Tägl. 8, 9 Uhr:

Chocolate Kiddies
Amerikas größte farbige Künstler Sonntag nachm. 3, 5 Uhr: 4 ganze Vorstellungen zu halben Preisen

Central-Theater
8 Uhr: ein Kind ist Himmel geblieben!

Th. d. Westend
Tägl. 8, 9 Uhr:

USCHI
Jean Gilbert
Hilf! Hilf! 7, 9 Uhr
amirale Solan

Th. d. Kom.-Str.
Tägl. 8, 9 Uhr
5, 7, 9 Uhr
stürmische Leidenschaft
durch den Kuchelack

Berliner Theater
7, 9 Uhr:

Anneliese v. Dessau

Rose-Theater
D. Blauvelt
Gartenbühne:
7, 9 Uhr
Mund um die Welt

Deutsch. Kleinstheater
Tägl. 8 Uhr

Monseigneur Trulala
Musik von Hugo Hirsch

Operettenhaus
am Schlosspark
Heute 8 Uhr

Der kleine Kuppler
Die kleine Kuppler
Sonntag, den 23. Juni
11. kleine Kuppler

Wallner-Theater
Tägl. 8 Uhr

Meiseken

Therapie a. Komb. Far
Tägl. 8 Uhr:

Ein-Sänger
Konkurrenz-
wettbewerb
1909, 1910, 1911

Stellenangebote
finden im Vorwärts
bestenbeachtung!

Ihre Platin Tipp-Tipp Hand

Druckluft gibt das feinste
Schmieröl ist im Gänze
Dank für Platin Tipp-Tipp Hand
Dank für Platin Tipp-Tipp Hand
Dank für Platin Tipp-Tipp Hand

Prof. Dr. Schleich's Wachsmarmorseife
in blauer Blechdose frisch gespachtelt ist in jedem einschlägigen Geschäft zu haben

CHEMISCHE FABRIK SCHLEICH GMBH BERLIN-NW6

Lessing-Theater
Tägl. 8 Uhr:

Die Göttin auf der Balz
Lustspiel von Hans Buchwitz

Kleines Th.
Täglich 8 Uhr:

Angele
Komödie v. Hartleben
Der Arzt seiner Ehre
Grotteske v. Mongré

Trionon - Th.
Tägl. 8 Uhr

Die blaue Stunde
Lustspiel von Felix Jasny

WINTERGARTEN
Der glänz. Juni-Spielplan (sonntags)

Reichshafen-Theater
8 Uhr

Steiniger Sänger
„Das Deutsche Meer“

Dönhoff-Brett!
Saal und Garten
Der in die Komposition-Darsteller
Karl Braun

LUNAPARK
Elle-Tag
Feuerwerk - Konzert
Batterierad - Skulpturen
Die besten Musikinstrumente berechnen zur
Lieferung an der Verzehr des

Auto
am Freitag, den 19. Juni, wird die
Künstlerfestes
der Kunstschaffenden durch die Kunstschaffenden
für den großen Programm:
Täglich der Tag vom 10. bis 12. Juni
Freitag - Die besten Musikinstrumente berechnen zur
Lieferung an der Verzehr des

Wie suchen den schönsten Subikopf
Das große Preisausstellung
des
ULAD
Letzter Termin: 28. Juni
Bedingungen an der Kasse

100 Preise
Sie müssen unbedingt teilnehmen!
Anzahl Preisgeld: 6-Kassett von 4-5 bis 100 Pf.
Ab 6 Uhr das Gesamtprogramm beginnt Eintritt 50 Pf.

Metropol-Theater
8 1/2, Größter Erfolg 8 1/2

Tausend süße Beindchen
Massenchor schöner Frauen
2, 3, 4, 5, 6 M. etc.

Ischias
Spezial-
behandlung
für die
schweren Fälle benötigt werden. Ursachen sind
entzündung und Infektion. Arzt, empfohlen.
Anzahl Preisgeld: 100, 5-11, 1-1. Sonntag 10-12. Jeder

Nicht **Samson-Hörner-Breitensiräter**, sondern **Onkel Stuvkamp-Sirpo-Dumpy** war das Ereignis.

Sieger durch knock-out in der ersten Runde
„Onkel Stuvkamp“, Hamburg.
Der riesige, bekannte Weltmeister „Sirpo-Dumpy“ in 2 Minuten im Traumland verschickte. Wie war dies möglich?? Die tägliche kleine Dosis

„Stuvkamp-Salz“, das biochemische Wundersalz,
morgens auf nüchternen Magen genommen, zeitigte das fabelhafte Resultat. Nach kurzer Kur sind Energie, gesunder Schlaf und blühendes Aussehen, Wohlbefinden und Lebenslust wieder vorhanden. Dagegen wie wenig nützen sind Rheuma, Magen- und Gallenbeschwerden, träge Leber, Mattigkeit, schwacher Stuhl und Nervosität. Keine schädlichen Säuren und kein überflüssiges Fett mehr im Körper.

Stuvkamp-Salz-Werk G. m. b. H.
Hamburg 22, Stuvkamp 5-7
Postcheckkonto: 13001, Hamburg. Tel.: Roland 3916, 3923, 3924, 3925.

STUVKAMP-SALZ
der Wächter Ihrer Gesundheit.

Berliner Prater
Kantaten-Allee 7-9

Heute Gr. Volkstag
Gr. Varieté-Vorstellung
Auf allen Plätzen 10 Pf., außer Logen
Anfang 8 1/2 Uhr

Neue Welt
Arnold Scholz, Hasenheide 109/114

Donnerstag, den 18. Juni:

Großes Riesen-Kunstfeuerwerk
auf vielseitigen Wunsch
Schloß Freienfels in Flammen
entworfen und abgebrannt von dem
Kunstfeuerwerker E. Nieldand.

Außerdem:
Großes Konzert u. Varieté-Vorstellung
(ganz neues Programm)
und **Gr. Ball**
Einlaß 8 Uhr Anfang 8 Uhr

Was ist Doornlaaf?

Doornlaaf 45 Vol. %
ist der ostfriesische Genever, der seit dem Jahre 1806 in unserer Brennerei in Norden nach einem alten Familienrezept unter Verwendung von Roggen, Darmalz u. hochfeinen Wachholderbeeren hergestellt wird.

Doornlaaf
Attliengesellschaft Norden

Vertretung und Lager:
Carl H. Bitzenhofer, Berlin W. 50
Färther Straße 3 / Fernspr.: Umland 524

Nach über vierjähriger, fachärztlicher Ausbildung an der II. chirurgischen Abteilung des südlichen Krankenhauses im Friedrichshagen (dirigierender Arzt: Professor Dr. Katzenstein) habe ich mich als

Facharzt für Chirurgie
(chirurgische Frauenkrankheiten)
niedergelassen.

Dr. med. H. Feder
Telephon: Berlin O. 17, Fruchtstraße 83, II.
Königsplatz 5233 (Am Schöneberg Bahnh.)

Ausnahme-Angebot bis 30. Juni

Probieren Sie gratis!
Direkt vom Faß Ia Qualitäten!

Fruchtwein süß 11%	Portweinstark Ltr. M. 0.89, Fl. M. 0.70
Feinstes Tarragona süß 16%	1.56, „ 1.25
„ Malaga 16%	1.77, „ 1.40
„ Douro Portwein süß 21%	2.46, „ 1.93
Ia Special Likör süß 35%	3.40, „ 2.60
„ Weinbrand Verschütt 38%	3.20, „ 2.50
„ Rohre-Aquavit 35% o.	2.95, „ 2.30
„ Trambesekt	2.24

Inklusive Steuer ohne Glas

Eduard Süßkind, Likör-Fabrik,
Brunnenstr. 43, Kopenstr. 87.